

Editorial



Ausgabe 02/2010

Liebe Leserinnen und Leser,

die Darstellung demografischer Sachverhalte in Medien und Öffentlichkeit führt aufgrund methodischer Ungenauigkeiten und falscher Annahmen häufig zu missverständlichen Interpretationen, die aus wissenschaftlicher Sicht kaum Bestand haben. Als Beispiel hierfür sei nur die in den letzten Jahren geführte Diskussion über die Anteile kinderloser Akademikerinnen genannt, deren Bandbreite von 25 bis zu über 40 % reichte. Für den geneigten Leser stellt sich hier die Frage: Was ist denn nun eigentlich korrekt? Das BiB möchte deshalb mit einer neuen Kolumne unter dem Titel „Der demografische Schluss“ in „Bevölkerungsforschung Aktuell“ etwas den Schleier lüften, und sich künftig einer speziellen Problematik oder einer Maßzahl aus der Demografie widmen, um so zu einer Schärfung des Verständnisses demografischer Zusammenhänge beizutragen. Dies soll auf allgemein verständlichem Niveau passieren, so dass auf die Darstellung komplizierter Formeln verzichtet wird und auf die wissenschaftliche Exaktheit im letzten Detail wird zugunsten der Verständlichkeit verzichtet. Dennoch bleibt die Genauigkeit in der Interpretation oberstes Gebot. Die Kolumne wird künftig regelmäßig auf den beiden letzten Seiten dieser Publikation erscheinen und sich auch grafisch vom übrigen Heft abheben. In der ersten Folge befasst sich Manfred G. Scharein mit dem Einfluss von Wanderungen auf Altersstrukturen und demografische Maßzahlen am Beispiel des Angleichs der Lebenserwartung der Frauen in Ost- und Westdeutschland.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante und anregende Lektüre.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BiB

Berufsbedingte räumliche Mobilität in Deutschland und in Europa

Es finden sich deutliche Hinweise darauf, dass berufliche Mobilitätsanforderungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten zugenommen haben. In der Folge ist eine wachsende Zahl von Erwerbstätigen in Deutschland beispielsweise als Fern- oder Wochenendpendler oder auf häufigen Dienstreisen unterwegs. Über das Ausmaß beruflicher Mobilität und deren Folgen für die Gesundheit, Wohlbefinden und das Familienleben ist bislang wenig bekannt.

Auf der Basis der Daten des Forschungsprojekts „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ analysiert daher Silvia Ruppenthal die Vielfalt und Verbreitung berufsbedingter räumlicher Mobilität im europäischen Vergleich und zeigt, dass in Deutschland jeder fünfte aus beruflichen Gründen mobil ist. Allerdings ist Mobilität nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen verbreitet. Vielmehr variiert die Wahrscheinlichkeit mobil zu werden nach Alter, Bildung und Geschlecht (Seite 2).

Der Beitrag von Heiko Rüger untersucht auf der Basis des deutschen Teils der Studie verschiedene Aspekte der Gesundheit und des Familienlebens. Die Ergebnisse zeigen vielfältige mobilitätsinduzierte Belastungen, die sich allerdings je nach Mobilitätsform unterscheiden können. Während Umzug mit einer hohen, aber kurzzeitigen Belastungsspitze einherzugehen scheint, sind Fern- und Wochenendpendeln oft dauerhaft Stress erzeugend. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch, ob die Mobilität freiwillig erfolgt oder aber als Zwang empfunden wird. Mit Blick auf das Familienleben zeigen sich insbesondere für Frauen deutliche Vereinbarkeitsprobleme. Mobile Frauen sind in den untersuchten Altersgruppen häufiger kinderlos als nicht mobile erwerbstätige Frauen. Daneben berichten gerade Fern- und Wochenendpendler sowie Personen, die mindestens zwei Mobilitätsformen miteinander kombinieren (Multi-Mobile), häufiger über Schwierigkeiten wegen der (fehlenden) Beziehungen zu ihren Kindern (Seite 8).

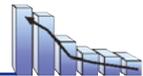


Do „Babies make a comeback?“:

Deutschlands Geburtenrate ist angeblich dabei, auf ein bestandserhaltendes Niveau zu steigen



In der wissenschaftlichen Diskussion um die Fertilitätsentwicklung mehren sich die Stimmen derer, die in jüngster Zeit einen Anstieg der Geburtenziffer TFR in Deutschland und in einigen anderen hochentwickelten Ländern sehen und zwar als Folge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts, gemessen durch den Anstieg des Human Development Index (HDI). In seinem Beitrag setzt sich Prof. Herwig Birg vor dem Hintergrund zweier wissenschaftlicher Artikel kritisch mit diesen Annahmen auseinander. Er kommt zu dem Schluss, dass die These über eine angebliche Tendenz zur Rückkehr der Geburtenziffer auf ein bestandserhaltendes Niveau insbesondere in Deutschland, Spanien oder Italien zurückgewiesen werden muss, da von einem Anstieg der TFR in diesen Ländern nicht gesprochen werden kann (Seite 12).



Silvia Ruppenthal

Vielfalt und Verbreitung berufsbedingter räumlicher Mobilität im europäischen Vergleich

Mobilität gilt als Kennzeichen der Gegenwartsgesellschaft und ist als Chance zu europäischer Integration und Motor wirtschaftlichen Erfolgs positiv konnotiert. An Erwerbstätige wird daher oftmals die Forderung gestellt, mobil, flexibel und möglichst uneingeschränkt einsetzbar zu sein. Dennoch zeigen sich die Europäer eher wenig mobilitätsbereit und ziehen selten über weite Distanzen um. Dies bestätigen auch die Befunde der Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“. Allerdings zeigt die Studie auch, dass es vielfältige Strategien gibt, um auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren. Neben dem Fernumzug werden Menschen als Fern- und Wochenendpendler mobil, sie übernachten häufig außerhalb, etwa im Rahmen von Dienstreisen, Projekt- oder Saisonarbeit. Mit Blick auf diese vielfältigen Mobilitätsformen lässt sich eine erhebliche Mobilitätsdynamik feststellen. Dabei ist Mobilität nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen verbreitet. Die Wahrscheinlichkeit mobil zu werden variiert nach Alter, Bildung und Geschlecht. Die Befunde weisen ebenfalls darauf hin, dass Mobilität in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen hat.

Die Gründe für berufsbedingte räumliche Mobilität sind vielfältig. So kann etwa nach einem Berufs- oder Betriebswechsel der neue Arbeitsort fern vom Wohnort liegen. Eine Standortverlagerung stellt die Beschäftigten vor ähnliche Herausforderungen. Wenn die Distanzen es zulassen, muss entschieden werden, ob die Entfernung etwa durch Fernpendeln täglich überbrückt werden kann oder ein Umzug notwendig wird. Möglicherweise ist Mobilität auch ein Kennzeichen der beruflichen Tätigkeit selbst, wie etwa bei Beschäftigten im Transportwesen. Andere Berufe machen wiederum Arbeitseinsätze an verschiedenen Orten notwendig, es kann darum gehen, Kunden vor Ort zu beraten, Maschinen und IT-Systeme vor Ort zu installieren. Wie viele Menschen haben solche Mobilitätserfahrungen gemacht? Welche Menschen werden typischerweise mobil? Und ist die Annah-

me, dass Mobilität insgesamt zugenommen hat, zutreffend? Diese Fragen werden für die erwerbstätige Wohnbevölkerung in Deutschland und fünf weiteren europäischen Ländern beantwortet.

Grundlage der hier präsentierten Ergebnisse sind die Daten des Projektes „Job Mobilities and Family Lives in Europe“. Das von der EU geförderte Forschungsprojekt wurde zwischen Februar 2006 und Oktober 2008 in sechs europäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, Belgien und der Schweiz – durchgeführt¹. Dabei standen insbesondere drei Themen im Fokus der Studie:

- die Verbreitung und Vielfalt berufsbedingter räumlicher Mobilität in Europa;
- die Ursachen und Begleitumstände berufsbedingter räumlicher Mobilität;
- die Konsequenzen von Mobilität für Familie, subjektives Wohlbefinden und Beruf.

Im Jahr 2007 fand in allen beteiligten Ländern eine repräsentative standardisierte telefonische² Befragung unter der Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 54 Jahren statt. Insgesamt wurden 7220 Interviews erhoben, darunter 2432 mit mobilen Personen und 4788 mit nicht-mobilen. In Deutschland wurden 415 mobile und 1.248 nicht-mobile Personen befragt (zusammen 1.663 Personen).

Im Rahmen des Projektes sollten Menschen, die in einem überdurchschnittlich hohen Maß mobil sind, zu ihrem Privat- und Berufsleben befragt werden. Denn zumindest auf dem täglichen Weg zur Arbeit ist quasi jeder Erwerbstätige auch beruflich mobil. Es ist allerdings davon auszugehen, dass erst ab einer bestimmten Intensität an Mobilität die Einflussnahme auf das Privat- und Berufsleben ein signifikantes Ausmaß annimmt. Hieran orientiert sich die Wahl von Schwellenwerten zur Erfassung von Mobilität. In dieser Form erfasste, (hoch)mobile Personen unterscheiden sich dann auch deutlich im Hinblick auf die Konsequenzen und Belastungen beruflicher Mobilität von in diesem Sinne nicht-mobilen Personen. Für Umzugsmobilität beziehungsweise rezidenzielle Mobilität ist somit die Distanz zum letzten Wohn-

¹ Weiterführend zu den hier präsentierten Ergebnissen und der Studie vgl. Schneider/Meil 2008 und Schneider/Collet 2010. Ausführliche Informationen und Materialien zu dem Forschungsprojekt finden sich auch unter www.jobmob-and-famlives.eu.

² Polen bildet hier eine Ausnahme. Hier wurden computergestützte face-to-face Interviews durchgeführt.



Tabelle 1: Aktuelle und vergangene Mobilitätserfahrungen (in %)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien	EU6
Derzeit mobil	19	15	14	13	16	17	16
In der Vergangenheit mobil gewesen	31	36	38	38	21	25	32
Keinerlei Mobilitätserfahrungen	51	49	48	49	63	58	52
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100

Die Anteile beziehen sich auf die erwerbstätige Wohnbevölkerung in den jeweiligen Ländern, EU6 ist der nach Bevölkerungsanteilen gewichtete Durchschnitt aller Länder; Angaben gerundet.
Datenbasis: JobMob and FamLives 2008; eigene Berechnungen; gewichtete Daten.

ort entscheidend. Ist die Distanz groß, verhindert sie, dass das Leben weiterhin in den gleichen Räumen, Netzwerken und Organisationen stattfinden kann. Eine Neuorientierung und Integration am neuen Lebensmittelpunkt wird notwendig. Im Falle relativ dauerhafter zirkulärer Mobilitätsformen ist der Verlust an Zeit ausschlaggebend, der durch die Mobilität entsteht. Zeit, die etwa beim Fern- oder Wochenendpendeln, häufigen Dienstreisen oder in Fernbeziehungen „auf der Strecke bleibt“ oder fern von zu Hause verbracht wird, fehlt für Familie, zivilgesellschaftliches Engagement und sonstige Freizeitaktivitäten. Aufgrund dieser Zusammenhänge wurden folgende Mobilitätsformen definiert:

- Fernpendler sind Personen, die mindestens zwei Stunden Fahrtzeit benötigen, um zum Arbeitsplatz zu gelangen und wieder zurück. Diese Strecken werden mindestens an drei Tagen pro Arbeitswoche zurückgelegt.
- Übernachteter sind Personen, die innerhalb der letzten 12 Monate mindestens 60 Nächte aus beruflichen Gründen außer Haus verbracht haben (sei es durch Wochenendpendeln über das Jahr verteilt, sei es am Stück als Saisonarbeiter, sei es auf unregelmäßigen Dienstreisen). Auch Menschen in Fernbeziehungen werden dazu gezählt, sofern es berufliche Gründe sind, aus denen die beiden weit voneinander entfernt liegenden Haushalte nicht zusammengelegt werden.
- Umzugsmobile sind Personen, die aus beruflichen Gründen innerhalb der letzten 3 Jahre über mindestens 50 km hinweg umgezogen sind. Dieser Umzug kann innerhalb eines Landes erfolgt sein oder über Landesgrenzen hinweg.
- Multi-Mobile sind Personen, die in mindestens zwei der genannten Formen mobil sind.

Mobilität in den untersuchten Ländern: Nahezu jeder zweite Erwerbstätige hat bereits Mobilitätserfahrungen gemacht

Gegenwärtig ist jeder fünfte Erwerbstätige³ in Deutschland in mindestens einer der vorgestellten Mobilitätsformen mobil (vergleiche Tabelle 1). Im Ländervergleich hat Deutschland die höchste Mobilitätsrate, die Schweiz mit 13 % die geringste. Die Länderunterschiede

sind damit nur gering ausgeprägt. Zusätzlich zu den derzeit Mobilien ist ein erheblicher Anteil der Erwerbstätigen zumindest einmal in der Vergangenheit aus beruflichen Gründen mobil gewesen. Im Durchschnitt der sechs Länder betrifft dies 32 % der Erwerbstätigen in den untersuchten Ländern, wobei Polen und Belgien geringere Mobilitätsraten in der Vergangenheit aufweisen.

Fasst man die gegenwärtigen und vergangenen Mobilitätserfahrungen zusammen, zeigt sich für Deutschland sowie nahezu alle anderen untersuchten Länder, dass jeder zweite Erwerbstätige bereits berufsbedingte Mobilitätserfahrungen gemacht hat.

Die Feststellung, dass die Hälfte der untersuchten Wohnbevölkerung in Europa mobil ist oder bereits war, überrascht zunächst. Geht man doch allgemein davon aus, dass Europäer eher immobil sind. Nach Angaben der EU-Kommission leben nur 1,5 % der Europäer in einem anderen Land Europas als ihrem Heimatland. Annähernd 80 % der Europäer wohnen in der Region, in der sie aufgewachsen sind (Eurofound 2006). Seit dem Verlassen des Elternhauses haben nur 19 % der Deutschen ihre Heimatregion verlassen, nur 9 % zogen in ein anderes Land. Damit liegt Deutschland nahe dem Durchschnitt aller EU-Länder. Es übertrifft die Mobilitätsraten in Polen bei weitem und liegt auch über denen in Spanien und Belgien, allerdings bleibt es hinter der Mobilitätsdynamik in Frankreich und vor allem der der nordischen Länder zurück (Vandenbrande 2006). Europäer erscheinen somit wenig mobilitätsbereit und ihren Heimatregionen stark verbunden.

Die Diskrepanz zwischen diesen Ergebnissen und der Feststellung, dass etwa die Hälfte der Erwerbstätigen mobil ist oder war, klärt sich, wenn unterschiedliche Mobilitäts-

³ Erwerbstätige sind all jene, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen und damit einen nennenswerten Beitrag zu ihrem Haushaltseinkommen erzielen.

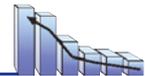


Tabelle 2: Verbreitung zirkulärer und residenzieller Mobilität (in %)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien	EU6
Zirkulär mobil	68	65	83	73	76	87	72
Residenziell mobil	22	27	12	18	12	11	20
residenziell und zirkulär mobil	9	8	6	9	12	2	8
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100

Die Anteile beziehen sich auf die erwerbstätige Wohnbevölkerung in den jeweiligen Ländern, EU6 ist der nach Bevölkerungsanteilen gewichtete Durchschnitt aller Länder⁴; Angaben gerundet.
Datenbasis: JobMob and FamLives 2008; eigene Berechnungen; gewichtete Daten.

formen und -strategien in den Blick genommen werden. Betrachtet man nämlich die Verbreitung der unterschiedlichen Mobilitätsformen in Deutschland wird schnell deutlich, dass zirkuläre Mobilität überwiegt. 37 % der Mobilen sind Fernpendler, 28 % Übernachtler, 22 % sind residenziell mobil und 13 % multi-mobil. Die gleiche Reihenfolge der Häufigkeiten ergibt sich auch für die vergangene Mobilität.

Stellt man zirkuläre und residenzielle Mobilitätserfahrungen einander gegenüber, zeigt sich für alle Länder ein ähnliches Bild (vergleiche Tabelle 2). Umzugmobilität ist vergleichsweise selten. Im Durchschnitt sind 72 % der mobilen Erwerbstätigen als Fernpendler, Wochenendpendler oder

etwa im Rahmen häufiger Dienstreisen zirkulär mobil, in Belgien und Spanien sogar noch wesentlich mehr. Nur 20 % sind residenziell mobil und weitere 8 % sind derzeit sowohl residenziell als auch zirkulär mobil.
Für die Erwerbstätigen in den untersuchten europäischen Ländern ist zirkuläre Mobilität damit die dominante Strategie, um Mobilitätsanforderungen nachzukommen. Forderungen nach Mobilität und Flexibilität in der Arbeitswelt werden so in Einklang gebracht mit der starken Bindung an das lokale Umfeld. Ist etwa die Entfernung zu einer neuen Arbeitsstelle sowohl durch Umzug als auch durch tägliches oder wöchentliches Pendeln zu überbrücken, fällt oftmals die Entscheidung gegen den Umzug. Das Eigenheim soll erhalten, die Mitgliedschaft im Sportverein nicht beendet, die Schule und der Freundeskreis der Kinder nicht gewechselt und die Stelle des Partners oder der Partnerin nicht aufgegeben werden. Der „mobile Immobile“ ist viel unterwegs, ohne wirklich mobil im „klassischen“ Sinne zu werden. Die Vermeidung residenzieller Mobilität führt zu einem beständigen und andauernden „Mobilstein“ und einem großen und vielfältigen Mobilitätsaufkommen.

Tabelle 3: Anteil beruflich Mobiler nach Alter, Bildungsabschluss und Geschlecht (in %)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien	EU6
25-34 Jahre alt	26	21	19	15	23	19	22
35-44 Jahre alt	17	14	12	14	11	17	15
45-54 Jahre alt	15	12	10	11	10	16	13
Mit Haupt- oder Realschulabschluss	15	11	12	9	10	17	13
Mit Abitur	17	13	13	17	15	15	15
Mit Hochschulabschluss	33	22	18	19	23	21	24
Männer	24	19	15	17	18	23	20
Frauen	13	11	12	7	13	10	12

Die Anteile beziehen sich auf die erwerbstätige Wohnbevölkerung in den jeweiligen Ländern, EU6 ist der nach Bevölkerungsanteilen gewichtete Durchschnitt aller Länder; Angaben gerundet.
Datenbasis: JobMob and FamLives 2008; eigene Berechnungen; gewichtete Daten.

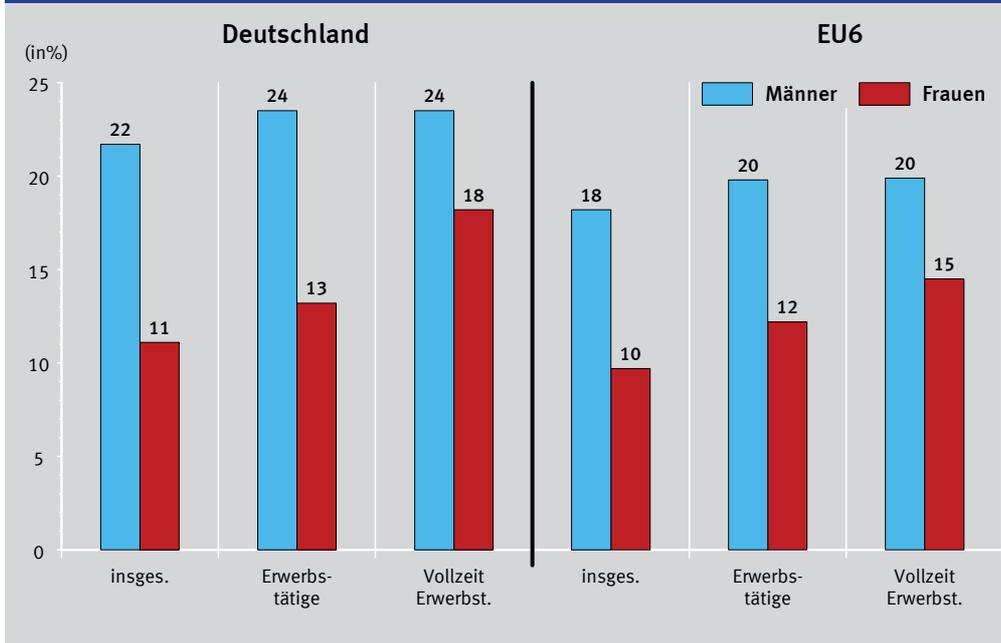
Soziodemografische Charakteristika: Mobilitätsraten variieren nach Alter, Bildung und Geschlecht

Betrachtet man die Anteile Mobiler in verschiedenen Altersgruppen zeigen sich Lebenszykluseffekte. Mobile sind wesentlich häufiger in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen anzutreffen als in der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen, und damit typischerweise eher jünger (vergleiche Tabelle 3). Auch für die einzelnen Mobilitätsformen zeigen sich Unterschiede zwischen den Kohorten. Während

⁴ Ungewichtete Fallzahlen für Erwerbstätige: n=1400 (Deutschland); n=1053 (Frankreich); n=939 (Spanien); n=887 (Schweiz); n=853 (Polen); n=951 (Belgien); n= 6083 (EU6)



Abbildung 1: Mobilität und Geschlecht nach Erwerbsumfang



Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives 2008; gewichtete Daten, Grafische Darstellung: BiB

BiB

Die Anteile beziehen sich auf die erwerbstätige Wohnbevölkerung in den jeweiligen Ländern, EU6 ist der nach Bevölkerungsanteilen gewichtete Durchschnitt aller Länder; Angaben gerundet.

Umzugsmobilität in der jüngsten Kohorte vergleichsweise häufig vorkommt, sind Übernächter und Fernpendler gleichmäßiger über die Kohorten verteilt. Dies verweist erneut auf die Bedeutung zirkulärer Mobilitätsformen. Ältere Menschen, die tendenziell eher eine Familie gegründet haben, an ihrem Wohnort gut in lokale Netzwerke integriert sind, Wohneigentum erworben haben, und damit über hohes ortsgebundenes Kapital verfügen, tendieren dazu, dieses nicht aufzugeben und Umzüge zu vermeiden. Dagegen ist für jüngere, tendenziell weniger gebundene Menschen in der Phase der beruflichen Etablierung ein Umzug häufiger eine Alternative.

Es lassen sich ebenfalls erhebliche Bildungsunterschiede feststellen. Der Anteil Mobiler ist unter den Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss am größten (vergleiche Tabelle 3)⁵. Die Unterschiede zwischen den niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen fallen hingegen geringer aus. Besonders deutlich wird dies für Deutschland: 33 % der Hochschulabsolventen sind mobil, aber nur 15 % bzw. 17 % derer ohne Hochschulabschluss.

Berufsbedingte räumliche Mobilität erscheint auf den ersten Blick als typisch männliches Phänomen. Wesentlich mehr Männer als Frauen sind berufsbedingt mobil. Zudem zeigen Männer und Frauen unterschiedliche Präferenzen für bestimmte Mobilitätsformen. Während bei Fernpendlern der Geschlechterunterschied schwächer ausgeprägt ist, ist der Anteil der Männer unter den Übernächtern besonders hoch.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen verringern sich jedoch zum Teil stark, wenn weitere Aspekte in die Analysen miteinbezogen werden. So

gleichen sich die Mobilitätsraten mit steigendem Erwerbsumfang eher an (vergleiche Abbildung 1). Die Differenz zwischen den Geschlechtern ist in Deutschland erwartbar am größten, wenn die gesamte Wohnbevölkerung und damit auch die Nichterwerbstätigen miteinbezogen werden. Die Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und Vollzeitbeschäftigten sind zum Teil darin begründet, dass Frauen häufiger in Teilzeit beschäftigt sind als Männer und in Teilzeitbeschäftigungen berufsbedingte Mobilität generell selten vorkommt. Allerdings sind auch unter den Vollzeitbeschäftigten Männer noch häufiger mobil als Frauen. Einen noch wesentlich stärkeren Einfluss auf die Befunde hat die Familienform, insbesondere das Vorhandensein von Kindern (vergleiche Artikel von Heiko Rüger in dieser Ausgabe).

Mobilitätserfahrungen nach Alterskohorten: Mobilität hat zugenommen

Mit Blick auf viele Gegenwartsanalysen (unter anderem Urry 2007; Boltanski/Chiapello 2003; Sennett 2000) wird oftmals angenommen, dass Mobilität zugenommen hat. So führt die Globalisierung mit ihren internationalen Geld-, Wa-

⁵ Um die Bildungsabschlüsse aller Länder miteinander vergleichen zu können, wurden sie dem internationalen ISCED-Code entsprechend zu einheitlichen Kategorien zusammengefasst. Hier sind der deutsche Real- und Hauptschulabschluss zusammengefasst.

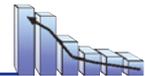


Tabelle 4: Vergangene und gegenwärtige Mobilitätserfahrungen nach Alterskohorten (in %)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien	EU6
25-34 Jahre alt	51	51	59	49	44	46	52
35-44 Jahre alt	47	56	47	55	30	41	47
44-54 Jahre alt	50	47	48	49	35	39	46
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100

Die Anteile beziehen sich auf die erwerbstätige Wohnbevölkerung in den jeweiligen Ländern, EU6 ist der nach Bevölkerungsanteilen gewichtete Durchschnitt aller Länder; Angaben gerundet.
 Datenbasis: JobMob and FamLives 2008; eigene Berechnungen; gewichtete Daten.

ren- und Kommunikationsströmen dazu, dass immer neue Märkte erschlossen, Firmen-Standorte aufgegeben und neue errichtet werden und damit eben auch die Arbeit selbst mobil wird. Die Daten bestätigen dies. Die Beschäftigten in international aufgestellten Unternehmen haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, mobil zu sein.

Des Weiteren könnte Mobilität durch den sektoralen Wandel gestiegen sein bzw. steigen. Mit dem Wandel von der Industrie- über die Dienstleistungs- hin zur wissensbasierten Gesellschaft entstanden und entstehen neue Berufsgruppen, zu deren Anforderungsprofil Mobilität gehört. Beispiele sind in unterschiedlichen Projekten arbeitende Unternehmensberater, IT-Spezialisten, Ingenieure oder Personal im Transportwesen.

Mobilität ist zudem durch den regionalen Strukturwandel des Arbeitsmarkts befördert worden. Wo ganze Regionen durch den Rückzug von Stahl-, Kohle- oder Werftindustrie Arbeitsplätze verlieren, entsteht Mobilitätsdruck. Auf die Disparitäten des Arbeitsangebotes zwischen unterschiedlichen Regionen müssen Arbeitskräfte durch Mobilität reagieren, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Eine Dynamisierung des Mobilitätsgeschehens könnte ebenfalls aus der steigenden Befristung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen resultieren. Hierfür spricht, dass der Anteil Mobiler unter jenen mit befristeten Verträgen deutlich höher ist als unter jenen mit unbefristeten. Befristung zieht einen häufigeren Wechsel der Arbeitsstelle nach sich, liegt diese weiter entfernt, wird Mobilität notwendig.

Obwohl die Annahme über einen Anstieg von Mobilität somit sehr gut plausibilisiert werden kann, fehlen empirische

Belege weitgehend. Die vorliegende Studie liefert hierzu jedoch dezidierte Anhaltspunkte. Da bisher nur Querschnittsdaten vorliegen, kann die Veränderungen im Mobilitätsgeschehen nur aus einem Vergleich der Altersgruppen abgelesen werden. Gegenwärtige und vergangene Mobilität werden zusammengefasst und für drei Alterskohorten miteinander verglichen (vergleiche Tabelle 4). Es ist davon auszugehen, dass bei gleichbleibenden Mobilitätserfahrungen

die älteren Altersgruppen lebenslaufbedingt mehr Mobilitätserfahrungen haben müssten oder zumindest nicht weniger als die jüngeren Altersgruppen. Dies trifft jedoch auf keines der untersuchten Länder zu. Im Durchschnitt hat die jüngste Kohorte mit 52 % sogar mehr Mobilitätserfahrungen als die älteste Kohorte mit 46 %. Demnach hat Mobilität in den letzten zwei Jahrzehnten zugenommen.

Da es sich hier um eine Aussage über Querschnittsdaten hinweg handelt, wird zunächst nur von „Anhaltspunkten“ gesprochen. Die Gefahr von Verzerrungen durch Erinnerungseffekte bei den retrospektiven Fragen zur vergangenen Mobilität, kann dennoch als gering eingestuft werden. Mobilität ist in der Regel ein sehr prägendes Ereignis im individuellen Lebenslauf und damit vergleichsweise gut erinnerbar. Mit Blick auf die sehr deutliche Befundlage erscheint es somit gerechtfertigt auf eine Zunahme von Mobilität zu schließen⁶.

Resümee

Betrachtet man die möglichen Mobilitätsformen in ihrer Gesamtheit, wird deutlich, dass die untersuchten europäischen Länder ein vielfältiges Mobilitätsgeschehen aufweisen. Jeder fünfte Erwerbstätige ist aktuell aus beruflichen Gründen mobil, nahezu jeder zweite hat zumindest in der Vergangenheit Mobilitätserfahrungen gemacht. Zirkuläre Mobilität stellt dabei die bevorzugte Mobilitätsstrategie dar, während residenzielle Mobilität vergleichsweise selten ist. Die Ursachen und Folgen berufsbedingter räumlicher Mobilität können somit nur mit Blick auf unterschiedlichste Mobilitätsformen begriffen werden.

Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen weisen unter-

⁶ In die gleiche Richtung weisen Befunde von Studien zum deutschen Arbeitsmarkt (vgl. Haas 2000; Haas/Hamann 2008).



schiedliche Mobilitätsraten auf. Jüngere Erwerbstätige sind häufiger mobil als ältere – insbesondere ziehen sie mit einer höheren Wahrscheinlichkeit um. Erwerbstätige mit Hochschulabschluss sind häufiger mobil als jene mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen. Männer sind häufiger mobil als Frauen – unter Berücksichtigung weiterer Faktoren, wie etwa dem Erwerbsumfang, gleichen sich die Differenzen jedoch tendenziell an.

Mobilität hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen. Sollten die hier benannten Entwicklungen, wie etwa die Globalisierung, der sektorale Wandel oder die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen ursächlich hierfür sein und sich als Trend in die Zukunft fortschreiben, ist mit einer weiteren Zunahme berufsbedingter räumlicher Mobilität zu rechnen und damit, dass Mobilität sich für immer mehr Menschen auf ihr Familienleben, ihre Gesundheit und ihr subjektives Wohlbefinden auswirkt.

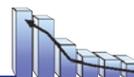
Literatur

Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH
European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2006): Long-distance Mobility in Europe. Getting the Balance Right. Dublin
Haas, Anette (2000): Arbeitsmarktausgleich. Regionale Mobilität gestiegen. Bei einem Betriebswechsel werden immer öfter größere Entfernungen überwunden – gerade auch von Arbeitslosen. In: IAB Kurzbericht 2000 (4): 1-7

Haas, Anette; Hamann, Silke (2008): Ost-West-Vergleich. Pendeln. Ein zunehmender Trend, vor allem bei Hochqualifizierten. In: IAB Kurzbericht 2008 (4): 1-7
Schneider, Norbert F.; Meil, Gerardo (Hrsg.) (2008): Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries. Opladen: Barbara Budrich
Schneider, Norbert F.; Collet, Beate (Hrsg.) (2010): Mobile Living Across Europe II. Causes and Consequences of Job-Related Spatial Mobility in Cross-National Perspective. Opladen: Barbara Budrich, im Erscheinen
Sennett, Richard (2000): Der flexible Mensch. Frankfurt; M.: Büchergilde Gutenberg
Urry, John (2007): Mobilities. Cambridge; Malden: Polity Press
Vandenbrande, Tom (Hrsg.) (2006): Mobility in Europe. Analysis of the 2005 Eurobarometer Survey on Geographical and Labour Market Mobility. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities

 **Weitere Informationen** 

zum Projekt unter:
www.jobmob-and-famlives.eu



Heiko Rürger

Berufsbedingte räumliche Mobilität in Deutschland und die Folgen für Familie und Gesundheit

Mit der europäisch vergleichenden Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ liegen erstmals auch für Deutschland Zahlen vor, die einen direkten Vergleich zwischen Erwerbstätigen in unterschiedlichen Formen berufsbedingter Mobilität und Erwerbstätigen ohne Mobilitätserfahrungen hinsichtlich verschiedener Lebensbereiche ermöglichen. Der Beitrag befasst sich speziell mit den möglichen Folgen für die Gesundheit, das Wohlbefinden und das Familienleben. Fühlen sich mobile Erwerbstätige in Deutschland insgesamt stärker belastet als Erwerbstätige ohne Mobilitätserfahrungen? Wie gestaltet sich die Vereinbarkeit eines hochmobilen Lebensstils mit dem Familienleben, insbesondere der Familienentwicklung und den Beziehungen innerhalb von Familien?

Die Anforderungen an Erwerbstätige hinsichtlich Flexibilität und Mobilität dürften in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen haben. Diese Entwicklung ist einerseits vor dem Hintergrund eines nennenswerten Anteils wenig mobilitätsbereiter Erwerbstätiger in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu beurteilen (Schneider/Meil 2008). Für die vielen Erwerbstätigen, die gegenwärtig mobil sind, finden sich hierfür andererseits aber auch gute Gründe. So sind jeweils über die Hälfte der von uns befragten Mobilen der Ansicht, die Mobilität hätte ihre beruflichen Chancen verbessert, mache sie insgesamt unabhängiger oder führe dazu, dass sie in einer schöneren Gegend leben können. Allerdings berichten jeweils rund die Hälfte der Mobilen auch Nachteile wie häufigen Zeitdruck oder zu wenig Freizeit.

Neben Anlässen und Motiven stellt sich die Frage nach möglichen Belastungen, die mit Mobilität einhergehen können. Grundsätzlich lassen sich dabei zwei Belastungsdimensionen der Mobilitätssituation unterscheiden (vergleiche Schneider/Rürger/Münster 2009). Zum einen sind objektive und subjektive Belastungsfaktoren zu nennen, die in unmittelbarer Verbindung mit der Mobilität stehen. Ein Beispiel sind Kontrollverluste, die bei Verkehrsstau oder Zugverspätung auftreten können (zum Beispiel Blickle 2005). Es ist zu vermuten, dass mit einem mobilen Lebensstil auch die Unvorhersehbarkeiten, die im Alltag auftreten können, zunehmen.

Zum anderen kann es infolge der Mobilitätssituation zu chronischer Zeitknappheit kommen, was sich beispielsweise in der Vernachlässigung sozialer Beziehungen oder der eigenen Gesundheitsvorsorge äußern kann (zum Beispiel Häfner et al. 2001). Fehlt die Zeit, können soziale Beziehungen nicht wie gewünscht gepflegt und zivilgesellschaftliche Aktivitäten, wie zum Beispiel die Beteiligung am Vereinsleben, nicht wie gewünscht aufrechterhalten werden. Insbesondere die für die Familie verfügbare Zeit wird dann oftmals als zu gering bemessen erlebt. In der Folge können die Beziehungen in der Familie leiden, auch, indem Gefühle der Entfremdung entstehen. Sind Eltern, insbesondere jedoch Mütter, aus beruflichen Gründen mobil, befinden sie sich in einer Situation, die einen Ausgleich zwischen den Bereichen Familie, Erwerbsarbeit und Mobilität verlangt. Knappe Zeitbudgets stehen einem solchen Ausgleich jedoch oft gegenüber. Dies wiederum kann eine Quelle zusätzlichen Stressempfindens darstellen und in einem insgesamt weiter reduzierten Wohlbefinden resultieren. Die wahrgenommenen Belastungen und die als dauerhaft erlebte Zeitknappheit könnten sich auch auf die Pläne der Familienentwicklung auswirken. So ist denkbar, dass es zum Aufschub eines Kinderwunsches oder auch zum Verzicht auf Elternschaft kommen kann.

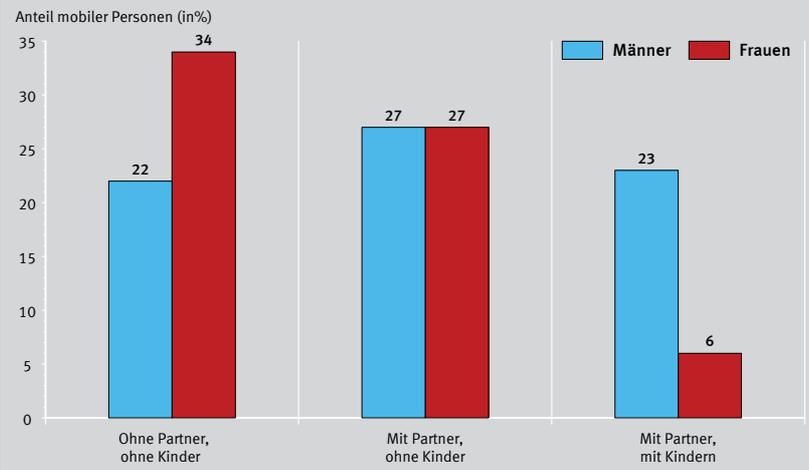
Näheres zu dem Forschungsprojekt, der Datengrundlage sowie den verschiedenen Formen berufsbedingter Mobilität findet sich in dem vorausgegangenen Beitrag von Silvia Ruppenthal im selben Heft.

Mobilität und Familienentwicklung

Untersucht man unterschiedliche Familienformen hinsichtlich der damit einhergehenden Mobilitätsraten (vergleiche Abbildung 1), zeigt sich im Falle von Männern kein signifikanter Unterschied: Männer ohne Partnerin und ohne Kinder (22 %) sind ähnlich häufig mobil wie kinderlose Männer mit Partnerin (27 %) und Männer mit Partnerin und Kindern (23 %). Bei Frauen hingegen nimmt die Mobilitätsrate mit ansteigender partnerschaftlicher und vor allem familiärer Einbindung deutlich ab. Sind 34 % der Frauen ohne Partner und ohne Kinder mobil, reduziert sich dieser Anteil für kinderlose Frauen mit Partner auf 27 % und für Frauen mit Partner und Kindern auf 6 % (vergleiche dazu auch Ruppenthal/Lück 2009).



Abbildung 1: Anteil Mobiler an den befragten Erwerbstätigen in Deutschland, nach Familienform und Geschlecht



Quelle: Job Mobilities and Family Lives 2008; eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

Anmerkungen:

N (Männer/Frauen) = Ohne Partner, ohne Kinder: 104/50,

N (Männer/Frauen) = Mit Partner, ohne Kinder: 128/117,

N (Männer/Frauen) = Mit Partner, mit Kindern: 426/331; gewichtete Daten

Vergleicht man den Anteil an gegenwärtig Kinderlosen unter mobilen und nicht-mobilen erwerbstätigen Männern, ist mit 36 % vs. 33 % nahezu kein Unterschied auszumachen. Unter mobilen Frauen liegt der Anteil an gegenwärtig Kinderlosen mit 62 % hingegen bedeutend höher als unter nicht-mobilen Frauen mit 24 % (vergleiche Abbildung 2). Dieses Ergebnis erweist sich als weitgehend stabil für die drei untersuchten Altersgruppen (25-34 Jahre, 35-44 Jahre,

45-54 Jahre) und ist auch dann reproduzierbar, wenn lediglich Frauen untersucht werden, die sich als eher familien- denn als karriereorientiert bezeichnen.

Diese Befunde legen die Schlussfolgerung nahe, dass Elternschaft insbesondere für Frauen nur schwer mit Mobilität vereinbar ist. Kinderlosigkeit hingegen scheint Mobilität erst zu ermöglichen. Die mobilsten Erwerbstätigen sind jedoch familial ungebundene Frauen. Dies verweist darauf, dass Frauen nicht per se weniger mobil sind als Männer (vergleiche dazu auch Schneider et al. 2008).

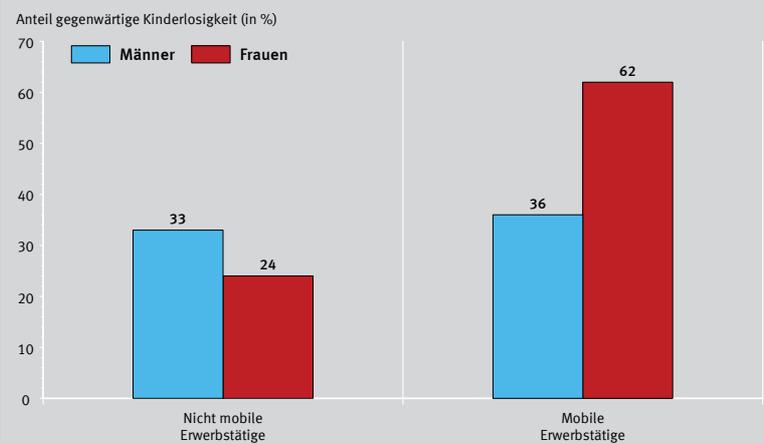
Die Analyse der subjektiven Einschätzungen mobiler und nicht-mobiler Erwerbstätiger lässt darauf schließen, dass sowohl vergangene als auch gegenwärtige Mobilitätserfahrungen häufiger dazu führen, dass aus beruflichen Gründen eine geringere als die geplante Kinderzahl realisiert wurde, dass Kinder später als geplant bekommen wurden und dass ein gegenwärtiger Kinderwunsch aufgeschoben wird (Ruppenthal/Lück 2009).

Familienbeziehungen

Um die Beziehungen innerhalb der Familie näher zu beleuchten, wurden die Probanden hinsichtlich ihres Stressempfindens wegen Schwierigkeiten mit oder Sorgen um die Kinder bzw. wegen Konflikten mit dem Partner sowie ihrer Zufriedenheit mit der Eltern-Kind-Beziehung bzw. der Beziehung zum Partner untersucht (Schneider/Rüger/Münster 2009). In multivariaten Regressionsmodellen wurden die Merkmale Geschlecht, Alter, Schulbildung, Erwerbsumfang, Familienform und Familienstand kontrolliert. Mögliche Befunde bestehen demnach auch unabhängig von den Einflüssen der genannten Kontrollvariablen. Vergleichsgruppe waren Erwerbstätige, die bislang noch nicht mit Mobilitätsanforderungen konfrontiert wurden und bislang noch nicht mobil waren.

Im Ergebnis zeigt sich für Fernpendler und Multi-Mobile ein erhöhtes Risiko, wegen Schwierigkeiten mit den Kindern oder aus Sorge um die Kinder häufig Stress zu erleben. Für Wochenendpendler ist dieses Risiko nochmals deutlich erhöht. Der Befund zu den Wochenendpendlern basiert allerdings

Abbildung 2: Anteil gegenwärtig Kinderloser an den mobilen und nichtmobilen Erwerbstätigen in Deutschland, nach Geschlecht



Quelle: Job Mobilities and Family Lives 2008; eigene Berechnungen, Grafische Darstellung: BiB

BiB

Anmerkungen:

N (Männer/Frauen) = Nicht mobile Erwerbstätige: 524/496,

N (Männer/Frauen) = Mobile Erwerbstätige: 159/77; gewichtete Daten

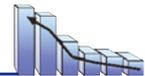


Tabelle 1: Belastungsprofile mobiler und nicht-mobiler Erwerbstätiger in Deutschland, adjustierte Odds Ratios⁺

Mobile und nichtmobile Lebensformen	N	Schlechter Gesundheitszustand		Starke Stressbelastung		Depressive Verstimmung	
		aOR	95%-KI	aOR	95%-KI	aOR	95%-KI
Unchallenged ^a (Referenz)	472	1,0	–	1,0	–	1,0	–
Tägliche Fernpendler	109	1,9*	0,9-3,7	2,1	1,4-3,3	2,2**	1,4-3,4
Umzugsmobile (vor max. 1,5 Jahren)	42	4,4**	1,5-13,1	2,0*	1,1-4,0	3,2**	1,6-6,4
Umzugsmobile (vor 1,5-3 Jahren)	60	1,3	0,4-4,6	1,1	0,6-1,9	2,1**	1,1-3,9
Overnighter ^b	90	1,9	0,8-4,6	0,8	0,4-1,3	1,4	0,8-2,4
Multi-Mobile ^c	63	2,1	0,7-6,4	0,8	0,4-1,5	2,0	1,1-3,7
Experienced ^d	357	1,1	0,7-1,9	0,8	0,6-1,2	1,4	1,1-1,9

Quelle: Schneider/Rüger/Münster, 2009

Anmerkungen:

Datenquelle: Job Mobilities and Family Lives 2008, binär-logistische Regressionen;

⁺adjustiert nach Geschlecht, Alter, formaler Schulbildung, Erwerbsumfang, Familienform und Familienstand; *p ≤ .10,

**p ≤ .05; ungewichtete Daten; N (Gesamtmodell) jeweils rund 1.250

^a Bislang noch nicht mit beruflichen Mobilitätsanforderungen konfrontiert und nicht beruflich mobil gewesen

^b Mind. 60 Übernachtungen pro Jahr auswärts, z.B. „mobile Berufe“ mit wechselnden Arbeitsorten und längeren Dienstreisen, Fernbeziehungen und Wochenendpendler

^c Kombination mindestens zweier Mobilitätsformen

^d Mobilitätserfahrungen in der Vergangenheit in mindestens einer Mobilitätsform

auf geringen Fallzahlen und muss daher als vorläufig gelten. Betrachtet man jedoch den Familienalltag dieser Personen, erscheint das Ergebnis plausibel: Unter der Woche befinden sie sich getrennt von ihren Kindern am Arbeitsort, um lediglich an den Wochenenden zum gemeinsamen Hauptwohnsitz zurückzukehren, wo dann wenig Zeit für den direkten Kontakt zu den Kindern bleibt. Die ständig wiederkehrende Trennung von der Familie – insbesondere von den Kindern – scheint für viele im Rahmen dieser Lebensform eine erhebliche Stressbelastung zu bedeuten. Es kann vermutet werden, dass Sorgen um die Kinder, wahrscheinlich auch Sorgen um die Beziehung zu den Kindern auftreten, wenn eine fortdauernde räumliche Trennung eine unmittelbare Interaktion und Einflussnahme auf die Erziehung und Belange der Kinder nur schwer ermöglichen.

Daneben zeigen sich deutliche Anzeichen, dass Umzugsmobile ein erhöhtes Belastungsrisiko hinsichtlich eines häufigen Stresserlebens wegen Konflikten mit dem Partner aufweisen. Dies ließe sich damit erklären, dass der nicht-mobiler, mitziehende Partner bei einem Umzug in der Regel seine eigene Berufstätigkeit und sozialen Kontakte aufgeben muss,

was in der Folge zu Konflikten in der Partnerschaft führen kann.

Gesundheit und Wohlbefinden

Die Gesundheit und das Wohlbefinden der mobilen Erwerbstätigen wurden anhand des allgemeinen Stresserlebens, des allgemeinen Gesundheitszustands sowie der emotionalen Befindlichkeit untersucht (vergleiche Tabelle 1).

Für tägliches Fernpendeln zeigten sich bei den drei untersuchten Bereichen deutliche Belastungen. Dies deckt sich mit Befunden anderer Untersuchungen (zum Beispiel Blickle 2005; Häfner et al. 2001; Nitsche et al. 2009). Im Falle von Umzugsmobilität ist eine Abnahme der Belastungen in der Gruppe der vor längerem Umgezogenen im Vergleich zu denen, deren Umzug erst maximal 1,5 Jahre her ist, erkennbar. Dies spricht für die These einer kurzzeitigen Belastungsspitze mit anschließender

Abnahme des Belastungsempfindens und einem Angleichen an die Situation vor dem Umzug. Auffällig sind allerdings langfristig verbleibende Beeinträchtigungen des psychischen Befindens. Diese könnten zurückzuführen sein auf längerfristige, mit Umzugsmobilität einhergehende Prozesse. So muss die vertraute Umgebung aufgegeben werden und der Kontakt zu Verwandten und Freunden wird deutlich erschwert. Daneben kann es zu Problemen bei der Eingewöhnung am neuen Wohnort kommen. Auch in anderen Studien zeigte sich, dass Umzugsmobilität mit dauerhaften psychischen Belastungen einhergehen kann (Albani et al. 2006).

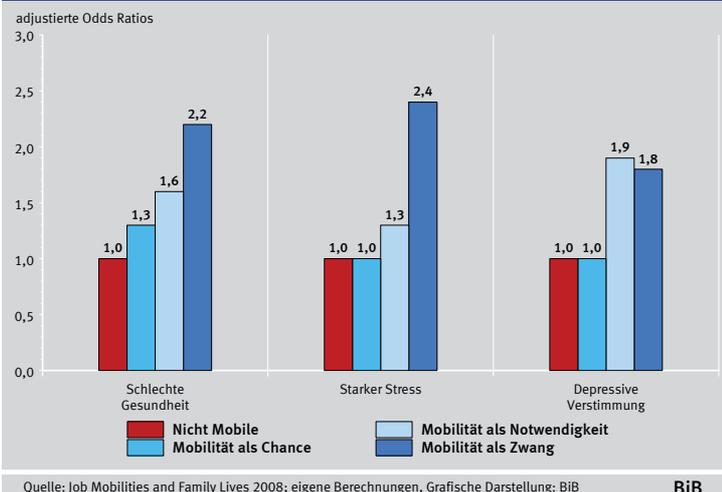
Die Befunde zu den übrigen Mobilitätsformen fallen eher uneinheitlich aus. Hierzu sind zukünftig weitere Untersuchungen notwendig.

Freiwilligkeit der Mobilität

Welche Rolle spielt die Freiwilligkeit der Mobilität hinsichtlich der Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden? Es lässt sich vermuten, dass Personen, die aus freien Stücken mobil sind und ihre Mobilität als Chance begreifen, geringere Belastungen aufweisen als Personen, die beispielsweise



Abbildung 3: Belastungsrisiko von nicht-mobilen Erwerbstätigen und Mobilen nach Freiwilligkeit der Mobilitätsentscheidung in Deutschland, adjustierte Odds Ratios⁺



Anmerkungen:

Binär-logistische Regressionen; ⁺adjustiert nach Alter, Bildung, Geschlecht, Erwerbsumfang, Familienform; ungewichtete Daten; N (Gesamtmodell) jeweils rd. 1350

ihr tägliches Fernpendeln als unumgängliche Notwendigkeit oder einen Umzug infolge einer Betriebsverlagerung gar als Zwang erleben.

Einen Vergleich hinsichtlich des Belastungsrisikos von drei Gruppen mobiler Erwerbstätiger, die sich in der berichteten Weise nach dem Grad der Freiwilligkeit unterscheiden, mit nicht-mobilen Erwerbstätigen zeigt Abbildung 3.

Sind die Erwerbstätigen freiwillig mobil, unterscheiden sie sich in ihrem Belastungsprofil hinsichtlich Gesundheit, Stresserleben und emotionaler Befindlichkeit nicht oder nur unwesentlich von nicht-mobilen Erwerbstätigen. Ein vernehmbarer Anstieg der Belastungsrisiken ist schon für diejenigen Mobilen erkennbar, die in ihrer Mobilität eher ein notwendiges Übel sehen. Die insgesamt höchsten Belastungen ergeben sich allerdings für Erwerbstätige, die ihre Mobilität als Zwang erleben. Hieran wird zum einen deutlich, dass Mobilität nicht per se mit negativen Konsequenzen für Gesundheit und Wohlbefinden verknüpft sein muss. Zum anderen unterstreicht dieses Ergebnis die Wichtigkeit des Entstehungszusammenhangs der konkreten Mobilitätssituationen im Hinblick auf ihre möglichen Folgen.

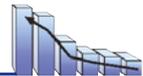
Zusammenfassung

- Mobilität und Familie sind nur schwer miteinander zu vereinbaren; dies gilt insbesondere für Frauen.

- Mobile Frauen sind in allen untersuchten Altersgruppen häufiger kinderlos als erwerbstätige nicht-mobilen Frauen; dies gilt auch, wenn lediglich „familienorientierte“ Frauen untersucht werden.
- Fernpendler, Multi-Mobile und Wochenendpendler fühlen sich häufiger belastet wegen den (fehlenden) Beziehungen zu ihren Kindern.
- Fernpendeln birgt ein erhöhtes Risiko dauerhafter Gesundheitsbelastungen.
- Umzugsmobilität ist mit einer kurzzeitigen Belastungsspitze verbunden.
- Sind Menschen freiwillig mobil, unterscheiden sie sich hinsichtlich Gesundheit und Wohlbefinden kaum von nicht-mobilen Personen.
- Begreifen Menschen ihre Mobilität als Zwang, zeigen sich deutliche negative Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden.

Literatur

- Albani, Cornelia; Blaser, Gerd; Geyer, Michael; Bailer, Harald; Grulke, Norbert; Schmutzer, Gabriele; Brähler, Elmar (2006): Innerdeutsche Migration und psychische Gesundheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 44-45, 26-32.
- Blickle Wolfgang C.G. (2005): Darstellung und Analyse besonderer Belastungseffekte bei Berufspendlern, Dissertation, Universität Ulm.
- Häfner Steffen; Kordy Hans; Kächele Horst (2001): Psychosozialer Versorgungsbedarf bei Berufspendlern. In: *Psychotherapie; Psychosomatik; medizinische Psychologie*, 51, T55-T61.
- Nitsche, Dorothea; Rüger, Heiko; Letzel, Stephan und Münster, Eva (2009): Berufspendeln und Fehlzeiten. Fehlen Fernpendler häufiger bei der Arbeit? In: *Arbeitsmedizin; Sozialmedizin; Umweltmedizin*, 44, 3, 162.
- Ruppenthal, Silvia; Lück, Detlev (2009): Jeder fünfte Erwerbstätige ist aus beruflichen Gründen mobil. Berufsbedingte räumliche Mobilität im Vergleich. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* (42), 1-5.
- Schneider, Norbert F.; Meil, Gerardo (Hrsg.) (2008): *Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*. Opladen: Barbara Budrich



Schneider, Norbert F.; Rüger, Heiko; Münster, Eva (2009): Berufsbedingte räumliche Mobilität in Deutschland: Formen, Verbreitung und Folgen für Gesundheit, Wohlbefinden und Familienleben. In: Arbeitsmedizin Sozialmedizin Umweltmedizin, 44, 7, 400-409.

Schneider, Norbert F.; Ruppenthal, Silvia; Lück, Detlev; Rüger, Heiko; Dauber, Andrea (2008): Germany – A

Country of Locally Attached but Highly Mobile People. In: Schneider Norbert F.; Meil Gerardo (Herausgeber). Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 2008: 105-149.

Herwig Birg

Do „Babies make a comeback?“: Deutschlands Geburtenrate ist angeblich dabei, auf ein bestandserhaltendes Niveau zu steigen

Dieser Beitrag von Prof. Herwig Birg ist eine kritische Rezension folgender Artikel:

- Mikko Myrskylä, Hans-Peter Kohler u. Francesco C. Billari, „Advances in development reverse fertility declines“, in: Nature, Vol. 460, 6. August 2009, S. 741-743, sowie in der gleichen Nummer zu dem vorstehenden Aufsatz:
- Shripad Tuljapurkar, „Babies make a comeback“, S. 693-694

Seit mehr als einem halben Jahrhundert wird von der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen in nahezu allen Ländern der Welt die gleiche Beobachtung gemacht: Die Geburtenrate eines Landes ist um so niedriger, je höher sein Entwicklungsstand ist und je rascher sich Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln. Zur Bezeichnung dieses nur auf den ersten Blick unplausiblen Phänomens habe ich in meinem Buch „Die demographische Zeitenwende“ (2001) den Begriff „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ eingeführt.

Der damit bezeichnete Zusammenhang ist nach der These des hier zu besprechenden Aufsatzes zwar in den weitaus meisten Ländern der Welt nach wie vor feststellbar, aber in einer kleinen Gruppe von hochentwickelten Ländern, darunter in Deutschland, soll seit neuestem das demographisch-ökonomische Paradoxon nicht mehr wirksam und durch den umgekehrten Zusammenhang abgelöst worden sein: Die Geburtenrate ist jetzt angeblich um so größer, je höher das wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsniveau eines Landes ist.

1. Existiert das zu erklärende Phänomen überhaupt?

Zum empirischen Beleg der These wird der Entwicklungsstand eines Landes mit dem sogenannten „Human Development Index“ (HDI) gemessen. Der HDI ist ein aus ökonomischen und gesellschaftlichen Kennziffern gebildetes Maß, mit dem auf einer Skala von null (= wenig entwickelt) bis eins (= hochentwickelt) das erreichte Entwicklungsniveau in einer einzigen Zahl ausgedrückt werden soll. Nach der These des Aufsatzes ist die Geburtenrate in Deutschland und in einigen anderen hochentwickelten Ländern in jüngster Zeit angestiegen, und zwar als Folge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts, gemessen durch den Anstieg des HDI.

Für die Messung der Geburtenrate wird dabei die sogenannte „Total Fertility Rate (TFR)“ herangezogen, die im Deutschen auch als „Kinderzahl pro Frau“ oder als „Zusammengefasste Geburtenziffer“ bezeichnet wird. Dabei ist den wenigsten Anwendern dieses Maßes bewußt, dass die Kinderzahl pro Frau (genauer: die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau) in einem bestimmten Kalenderjahr nicht einfach durch eine statistische Umfrage festgestellt werden kann, denn es müssten ja bei der Umfrage neben den schon geborenen und damit registrierbaren auch die bis zu diesem Jahr noch nicht geborenen, aber in den kommenden Jahren zu erwartenden Kinder der jüngeren Frauen berücksichtigt werden, was nur durch entsprechende Geburtenprognosen bewerkstelligt werden kann.

Die Statistischen Ämter stellen in der TFR also nicht nur fest, wie viele Kinder pro Frau tatsächlich geboren wurden, sondern sie nehmen dabei einen Teil der noch nicht Geborenen vorweg, indem sie diese mit ihren Methoden zur Berechnung der TFR (implizit) prognostizieren und auf diese Weise in die TFR des entsprechenden Kalenderjahres einbeziehen. Die Qualität der in der TFR enthaltenen Geburtenprognose



ist identisch mit der Qualität der Annahmen, auf der sie beruht. Die Berechnung der Kinderzahl pro Frau einschließlich der bei den jüngeren Frauen noch zu erwartenden Geburten ist wegen der stets unsicheren Prognoseannahmen eine nichttriviale Aufgabe. Sie wird vom Statistischen Bundesamt und von demographischen Forschungseinrichtungen durchgeführt, wobei nur die wenigsten Anwender, die außerhalb der Fachwelt mit diesem Maß operieren, durchschauen, wie die zum Teil realen, zum Teil prognostizierten Bestandteile der TFR zustande kommen und zu interpretieren sind.

Von manchen Anwendern der Berechnungsergebnisse wird behauptet, die Kinderzahl pro Frau in Deutschland sei höher als von den amtlichen Zahlen der TFR angezeigt wird, und zwar aus zwei Gründen. Erstens habe sich das mittlere Gebäralter von Jahrgang zu Jahrgang auf ein höheres

Lebensalter verschoben. Deshalb könnten zweitens die aufgeschobenen Geburten in der TFR nicht berücksichtigt werden, denn die TFR beziehe sich auf ein bestimmtes Kalenderjahr, in dem die noch nicht Geborenen naturgemäß nicht registriert werden können. Nach dieser These würden die in ein späteres Lebensjahr aufgeschobenen Geburten, wenn die entsprechenden Kinder dann zur Welt kommen, die TFR und die Geburtenzahl wieder ansteigen lassen (sogenannter „Timing-Effekt“).

Der erste Grund trifft zwar zweifellos zu – die Verschiebungen des mittleren Gebäralters von früher unter 25 auf heute über 30 werden von den Demographen seit Jahrzehnten sehr genau analysiert. Aber der zweite Grund ist falsch, denn die aufgeschobenen Geburten lassen sich bei den TFR-Berechnungen, die ja über das jeweilige Kalenderjahr hinausreichende Geburtenprognosen enthalten, durchaus berücksichtigen.

Zu diesem in der Demographie seit langem intensiv diskutierten Sachverhalt lässt sich heute zusammenfassend feststellen: Wäre die These richtig, dass die Geburtenrate höher ist als von der TFR angezeigt, hätte die TFR auf Grund des Timingeffekts seit mindestens 20 Jahren wieder ansteigen müssen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die im subjektiven Empfinden der Frauen vielleicht nur aufgeschobenen Geburten sind in Wirklichkeit zum größten Teil nicht nur aufgeschoben, sondern tatsächlich aufgehoben.

Die tatsächlichen Zahlen der TFR zeigen für Deutschland seit Jahrzehnten keinerlei Anstieg, auch nicht in jüngster Zeit. Vielmehr bewegte sich die Total Fertility Rate in der früheren Bundesrepublik seit 1975 in dem relativ engen Intervall zwischen 1,2 und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau, in ganz Deutschland seit 1990 zwischen 1,5 im Jahr der Wiedervereinigung und 1,2. Die Bandbreite dieser Schwankungen ist seit Jahrzehnten so eng, dass die Behauptung eines Anstiegs der TFR durch die Daten der Amtlichen Statistik klar widerlegt wird (siehe Tabelle 1).

Mit dieser Feststellung könnte man es eigentlich bewenden lassen, denn der in dem Aufsatz unterstellte und mit dem HDI erklärte Anstieg der TFR in Deutschland existiert überhaupt nicht. Weil aber die These des Aufsatzes außer für Deutschland auch für andere Länder aufgestellt wird, ist es wichtig, die dafür ins Feld geführten Argumente auf ihre allgemeine, methodische Stichhaltigkeit zu überprüfen. Wenn ein Argument wegen seiner methodisch-logischen Unhaltbarkeit nicht zutrifft, sind auch die aus ihm abgeleiteten Schlussfolgerungen falsch, und zwar unabhängig davon, um

Tabelle 1: Zusammengefasste Geburtenziffer (=durchschnittliche Kinderzahl je Frau) in Deutschland (TFR)

Zusammengefasste Geburtenziffer ¹			
Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder ³
1990	1,454	1,450	1,518
1991	1,332	1,422	0,977
1992	1,292	1,402	0,830
1993	1,278	1,393	0,775
1994	1,243	1,347	0,772
1995	1,249	1,339	0,838
1996	1,316	1,396	0,948
1997	1,369	1,441	1,039
1998	1,355	1,413	1,087
1999	1,361	1,406	1,148
2000	1,378	1,413	1,214
2001	1,349	1,382	1,231
2002	1,341	1,371	1,238
2003	1,340	1,364	1,264
2004	1,355	1,372	1,307
2005	1,340	1,355	1,295
2006	1,331	1,341	1,303
2007	1,370	1,375	1,366
2008	1,376	1,374	1,404

Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de, Dezember 2009.

¹ Berechnet nach der Geburtsjahrmethode.

² Seit 2001 ohne Berlin-West.

³ Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

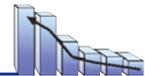


Tabelle 2: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland

Deutschland						
Bevölkerungsbewegung	Einheit	2005	2006	2007	2008 ¹	2009 ²
Lebendgeborene	Anzahl	685.795	672.724	684.862	682.524	648.388
je 1.000 Einwohner	Anzahl	8,3	8,2	8,3	8,3	–
Gestorbene	Anzahl	830.227	821.627	827.155	844.445	–
je 1.000 Einwohner	Anzahl	10,1	10,0	10,1	10,3	–

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de, 2009

¹ Vorläufiges Ergebnis.

² Schätzung.

welches Land es sich dabei handelt.

In Deutschland wurden nach dem Zweiten Weltkrieg bei einem damals wesentlich niedrigeren Entwicklungsstand mehr Kinder geboren als heute: 1946 waren es 922.000, im Jahr 2008 noch 683.000. Im Widerspruch zur These des Aufsatzes sinken die Geburtenzahlen in Deutschland trotz des steigenden Entwicklungsniveaus immer weiter. Der ständige Rückgang der absoluten Geburtenzahl beruht nicht etwa darauf, dass die Kinderzahl pro Frau sinkt, sondern darauf, dass sie praktisch konstant ist, denn die Kombination einer alternden weiblichen Bevölkerung mit einer konstanten TFR führt mit mathematischer Notwendigkeit zu sinkenden Geburtenzahlen. Wegen der bis zur zweiten Jahrhunderthälfte unaufhaltsam zunehmenden Alterung wird sich an den stetig sinkenden Geburtenzahlen in Deutschland auch in den kommenden Jahrzehnten nichts ändern (können). Nicht geborene Eltern können selbst bei drastischen Verbesserungen der Familienpolitik keine Kinder haben.

Der anhaltende Rückgang der Geburtenzahlen wurde im Jahr 2007 durch einen kurzfristigen Anstieg unterbrochen. Die Zunahme von 2006 auf 2007 beruht vermutlich zum großen Teil auf dem allgemeinen Stimmungshoch im Jahr der Fußballweltmeisterschaft (2006). In der allgemeinen Euphorie könnte ein Teil der ohnehin geplanten Geburten zeitlich vorgezogen worden sein. Diese Geburten fielen in den folgenden Jahren naturgemäß weg, so daß die Zahl der Lebendgeborenen 2008 und 2009 schon wieder abnahm. Die Abnahme im Jahr 2008 wäre sogar noch um rund 2000 Lebendgeborene größer ausgefallen, wenn 2008 kein Schaltjahr gewesen wäre, denn in Deutschland kommen jeden Tag im Durchschnitt rund 2000 Kinder zur Welt (siehe Tabelle 2).

Die Interpretation, dass der vorübergehende Anstieg der Geburtenzahl im Jahr 2007 auf die Einführung des Elterngeldes zurückzuführen sei, ist unplausibel, denn warum sollte

eine durch das Elterngeld bewirkte positive Änderung des Fortpflanzungsverhaltens von einem Jahr zum nächsten schon wieder in eine stark negative Wirkung umschlagen?

Der Abwärtstrend der Geburtenzahlen setzte sich auch 2009 fort, wie aus einem Vergleich der bisher bekannten Zahlen für die ersten 9 Monate des Jahres 2009 mit dem

entsprechenden Vorjahreszeitraum hervorgeht: Die Geburtenzahl ist in den ersten 9 Monaten um 5 % zurückgegangen – eine um ein Vielfaches stärkere Abnahme als in den vergangenen Jahren. Für das ganze Jahr 2009 läßt sich daraus eine Zahl von 648.388 Lebendgeborenen ermitteln.

2. Mit welchem Erklärungszusammenhang bzw. mit welcher Theorie wird das nicht existierende Phänomen erklärt?

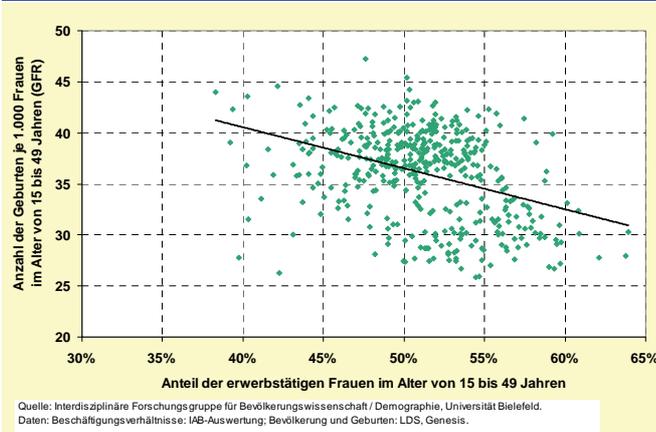
Der nichtexistente Anstieg der Geburtenrate in Deutschland wird in dem Aufsatz durch den statistischen Zusammenhang der TFR mit dem HDI erklärt, also auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren zurückgeführt, die im HDI enthalten sind. Dazu gehören beispielsweise der Gesundheitszustand, die Lebenserwartung, der Bildungsstand und das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung.

Aber warum sollte eine Verbesserung beispielsweise des Gesundheitszustandes der Bevölkerung die Geburtenrate überhaupt erhöhen? Dieser Faktor spielte in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und davor eine Rolle, als die Geburtenrate noch von der hohen Sterblichkeit der potentiellen Mütter und Väter verringert wurde. Im 19. Jahrhundert durchlebten im Gegensatz zu heute bei weitem nicht alle Frauen die Altersspanne des sogenannten gebärfähigen Alters (15-49). Im Gegensatz dazu leben heute von 100 geborenen Mädchen mehr als 97 bis zum Ende des gebärfähigen Alters (49). Weil heute der Rückgang der Sterblichkeit kein Faktor mehr ist, der die Geburtenrate messbar verringern könnte, würde eine Verbesserung des Gesundheitszustandes einen eventuellen Anstieg der Geburtenrate nicht erklären können.

Gegen einen solchen Zusammenhang spricht auch die Tatsache, daß die weitaus meisten Geburten auf die Altersspanne von 25-35 konzentriert sind. In dieser Altersspanne sind Morbidität und Mortalität heute so niedrig, dass ihre weitere



Abbildung 1: Streudiagramm des Anteils der erwerbstätigen Frauen (31.12.2002) und der allgemeinen Fertilitätsrate (Durchschnitt 2001-2003)



Abnahme nur noch minimal sein kann und der Einfluss dieser Abnahme auf die TFR nicht messbar wäre, vorausgesetzt, daß er überhaupt existiert. Wie könnte dann aber eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, noch dazu in einem relativ kurzen Zeitraum der jüngeren Vergangenheit, die Geburtenrate erhöhen?

Ebenso fragwürdig ist der behauptete Zusammenhang der TFR mit dem im HDI enthaltenen Pro-Kopf-Einkommen. Der einem spiegelverkehrten „J“ oder einem Hockey-Schläger ähnelnde Zusammenhang zwischen der Kinderzahl pro Frau und dem Pro-Kopf-Einkommen wurde in der Fachliteratur schon vor Jahrzehnten empirisch analysiert. Dabei ist der mit zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen stark fallende linke Teil der spiegelverkehrten J-Kurve wesentlich länger und steiler als der kurze und viel niedrigere rechte Kurventeil, bei dem die Kinderzahl pro Frau bei sehr hohen Einkommen wieder geringfügig ansteigt.

Wichtig ist, dass der ansteigende Kurvenast kurz und ziemlich flach ist, und dass der leichte Anstieg erst ab einem deutlich über dem Durchschnitt liegenden Einkommen zu beobachten ist. Der Anstieg könnte den behaupteten, nicht existenten Anstieg der TFR schon deshalb nicht erklären, weil sich die TFR auf alle Bevölkerungsgruppen in allen Einkommensklassen bezieht, insbesondere auf die große Mehrheit der Bevölkerung mit niedrigen und mittleren Einkommen, für die die TFR mit zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen entsprechend der „J“-förmigen Kurve abnimmt, statt zuzunehmen.

Auch die im HDI enthaltene Frauenerwerbsquote soll nach der These der Verfasser angeblich positiv mit der TFR korreliert sein. Prüft man diese These für Deutschland, indem man für jeden der 439 Stadt- und Landkreise die TFR und die Frauenerwerbsquote misst, läßt sich überhaupt kein bzw. allenfalls umgekehrt ein negativer statt des behaupteten positiven Zusammenhangs feststellen.

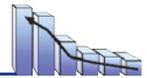
In Abbildung 1 wird jeder Stadt- bzw. Landkreis durch einen Punkt repräsentiert. Ein Blick auf das Schaubild zeigt, daß der behauptete positive Zusammenhang nicht existiert, denn dann müsste die eingezeichnete Regressionslinie steigen, statt zu fallen.

Diese Abbildung entstammt einer Untersuchung, in der die Behauptung eines positiven Zusammenhangs zwischen der Frauenerwerbsquote und der Geburtenrate durch weitere empirische Befunde widerlegt wird (siehe Herwig Birg, E.-Jürgen Flöthmann, Alexander Fuhrmann, Martin Genz, Reinhard Loos u. Sylke Pilk, „Frauenerwerbsquote und Fertilität in Deutschland“. In: Charlotte Höhn u. Jürgen Dorbritz (Herausgeber), `Demographischer Wandel - Wandel der Demographie`, Festschrift für Karl Schwarz zum 90. Geburtstag, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 37, Wiesbaden 2007, S. 133-181. Die Veröffentlichung kann auch aus der Homepage des Verfassers heruntergeladen werden: www.herwig-birg.de).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich der HDI als Erklärungsfaktor für das Niveau der Geburtenrate schon aus theoretischer Sicht nicht eignet. Aber auch die empirischen Meßwerte des HDI für Deutschland sind alles andere als überzeugend. So hat Deutschland angeblich fast den gleichen, relativ niedrigen Messwert des HDI von 0,92 wie Slowenien, Griechenland oder Südkorea. Im übrigen spielen in diesem Aufsatz weder die für Deutschland erarbeiteten empirischen Befunde noch die auf ihnen aufbauenden Theorien des Fortpflanzungsverhaltens, mit denen sich das „demographisch-ökonomische Paradoxon“ enträtseln läßt, irgendeine Rolle.

3. Wie ist das methodische Vorgehen zu beurteilen?

Die Autoren stützen ihre Aussagen zunächst auf die Ergebnisse einer Querschnittsanalyse, also auf eine vergleichende Analyse verschiedener Länder für einen bestimmten Zeitraum. Aus Querschnittsanalysen lassen sich jedoch aus methodisch-logischen Gründen keine Aussagen ableiten, mit denen die behaupteten zeitlichen Veränderungen der TFR, also Längsschnitzaussagen, begründet werden könnten.



Deshalb führen die Autoren eine weitere, als Längsschnitts-analyse bezeichnete Analyse durch. Es handelt sich dabei aber unter anderem schon deshalb um keine Längsschnitts-analyse, weil sie auf der TFR beruht, die selbst eine genuine Querschnittsvariable ist.

Die TFR ist eine Querschnittsvariable, weil sie als Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern für ein gegebenes Kalenderjahr definiert ist. Es handelt sich um die Summe folgender Zahlen: Geburtenzahl der 15-jährigen Frauen, bezogen auf 1000 15-jährige Frauen, plus Geburtenzahl der 16-jährigen Frauen, bezogen auf 1000 16-jährige Frauen usw. bis zum Alter 49.

Die bis zum Alter 49 aufsummierten altersspezifischen Geburtenziffern beziehen sich alle auf das gleiche Kalenderjahr. Die TFR dieses Jahres spiegelt daher diejenigen Teile des generativen Verhaltens jener Frauenjahrgänge wider, die in diesem Kalenderjahr im gebärfähigen Alter waren. Die TFR ist eine Querschnittsvariable, weil sie das generative Verhalten von 35 gleichzeitig lebenden Frauenjahrgängen zu einer einzigen, synthetischen Zahl verdichtet – ein inhaltlich fast uninterpretierbares, statistisches Konstrukt, das einen Querschnitt aus dem Fortpflanzungsverhalten von 35 verschiedenen Frauenjahrgängen widerspiegelt.

Für den Test der These eines Anstiegs der Geburtenrate muß statt der TFR als Querschnittsmaß ein Längsschnittsmaß der Geburtenrate verwendet werden, wobei sich die CFR (= Completed Fertility Rate) anbietet. Die CFR wird analog zur TFR gemessen, indem wieder die altersspezifischen Geburtenziffern der 15-jährigen bis zu den 49-jährigen Frauen aufsummiert werden. Diese altersspezifischen Geburtenziffern beziehen sich jetzt auf den gleichen Geburtsjahrgang der Frauen, nicht auf 35 verschiedene Jahrgänge mit jeweils unterschiedlichem Fortpflanzungsverhalten wie bei der TFR.

Die CFR als das geeignete Maß für die Geburtenrate wird in dem Aufsatz merkwürdigerweise nicht einmal erwähnt. Dies erstaunt um so mehr, weil zur Korrektur der störenden Eigenschaften der TFR als eines Querschnittsmaßes die sogenannte „tempo-adjusted TFR“ berechnet wird, mit der die Verschiebungen des mittleren Gebäralters von Jahrgang zu Jahrgang berücksichtigt werden sollen. Die Autoren hätten zumindest angeben müssen, warum sie nicht die CFR als das am besten geeignete Maß für die Geburtenrate verwendeten, statt zu versuchen, die TFR zu korrigieren, um sich an die CFR anzunähern.

Die Antwort auf diese Frage ist zwar simpel, und sie lautet wahrscheinlich: Die Datenlage erlaube es nicht, die CFR

zu berechnen. Aber diese Frage einfach auszuklammern bedeutet, daß die methodischen Schwierigkeiten der Analyse stillschweigend übergangen werden. Die inhaltliche Stichtichtigkeit der Ergebnisse hängt jedoch von der Korrektheit in methodischen Fragen entscheidend ab.

Nur wenn man die Änderungen der altersspezifischen Geburtenziffern von Jahrgang zu Jahrgang getrennt analysiert (möglichst weiter untergliedert nach der Ordnungsziffer der Geburt, also nach der Geburtenrate für erste Kinder, zweite Kinder und so weiter im Lebenslauf der Frauen), läßt sich etwas über eventuelle kausale Einflüsse aussagen. Wie sich dies durchführen läßt, habe ich u.a. in meinem Buch „Die demographische Zeitenwende“ bei der Wirksamkeitsanalyse familienpolitischer Maßnahmen Deutschlands in den 1980er Jahren dargestellt (S. 78 ff.). Ergebnis: Diese Maßnahmen hatten eine so geringe Wirkung, dass sich die TFR nur geringfügig in der zweiten Stelle hinter dem Komma änderte. Ähnliches ist von den neuen familienpolitischen Maßnahmen anzunehmen. Das Familienministerium hat eine genaue Wirksamkeitsanalyse bisher nicht in Auftrag gegeben.

4. Über einige falsche Schlussfolgerungen der Autoren, insbesondere im Hinblick auf das Wachstum der Weltbevölkerung und ähnliches

Aus falschen Voraussetzungen lassen sich aus logischen Gründen keine richtigen Schlüsse ziehen. Da die Grundthese des Aufsatzes bezüglich eines Anstiegs der Geburtenrate falsch ist, müssen auch die aus ihr gezogenen Schlussfolgerungen beispielsweise über ein schnelleres Wachstum der Weltbevölkerung auf Grund angeblich wieder zunehmender Geburtenraten in einigen hochentwickelten Ländern abgelehnt werden. Als weit überzogene Spekulationen sind auch die Thesen über eine angebliche Tendenz zur Rückkehr der Geburtenrate auf ein bestandserhaltendes Niveau (= rund zwei Lebendgeborene pro Frau) in Spanien, Italien oder Deutschland zurückzuweisen, die in dem zweiten, kommentierenden Aufsatz in der gleichen Ausgabe von „Nature“ enthalten sind („Babies make a comeback“, s.o., Seite 694).

In beiden Aufsätzen wird zugegeben, dass die behauptete Trendwende der Geburtenrate bzw. das Ende des „demographisch-ökonomischen Paradoxons“ beispielsweise in Japan gar nicht gilt, ohne dass dafür Gründe angegeben werden. Aber anstatt Japan als Ausnahmeland zu benennen, hätten die Autoren wissen müssen, dass ihre These noch weniger auf Deutschland und andere hochentwickelte Länder in Europa zutrifft, zumal Deutschland das erste Land der Welt



war, das schon seit 1972 trotz seines hohen und steigenden Entwicklungsstandes in die Bevölkerungsschrumpfung überging, und das trotz permanent hoher Zuwanderungen aus dem Ausland seit 1972 in jedem Jahr mehr Sterbefäl-

le verzeichnet als Geburten, ohne dass irgend ein Grund angegeben werden könnte, warum sich an diesem Zustand in den kommenden Jahrzehnten etwas Entscheidendes ändern wird.

Europa altert: Neue Projektionen zeigen ein Voranschreiten der Alterung in der EU27 bis 2030 – besonders in Ostdeutschland

(Konstantinos Giannakouris: Regional Population Projections EUROPOP 2008: Most EU regions face older population profile in 2030. In: Eurostat – Statistics in focus sowie Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 23.2.2010 unter www.destatis.de)

Die Bevölkerung in der EU wird nach neuen Projektionen der europäischen Statistikbehörde EUROSTAT zwischen 2008 und 2030 um 5 % zunehmen. Dabei wird es allerdings erhebliche Unterschiede beim Anstieg in den einzelnen Mitgliedsstaaten und den 281 untersuchten Regionen geben. So wird Deutschland zu den Ländern und Regionen gehören, deren Bevölkerungszahl bis 2030 abnehmen wird. Zudem wird in Deutschland die Alterung weit stärker ausfallen als in anderen Regionen Europas.

Nach den Berechnungen, die insbesondere die Regionen in den einzelnen Ländern untersuchen, zeigt sich ein recht uneinheitliches Bild, was die Bevölkerungsentwicklung angeht. Die Regionen mit einem prognostizierten Bevölkerungszuwachs von über 30 % im Zeitraum zwischen 2008 und 2030 liegen in Irland und an der Spanischen Küstenregion sowie im südlichen Teil Portugals, in Zypern und Norwegen. Ebenfalls Zuwächse, wenn auch geringer, sind in Luxemburg und Malta sowie in allen Regionen Belgiens, in Dänemark, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz bis 2030 zu erwarten. In anderen Regionen wird die Entwicklung rückläufig sein. Zu dieser Gruppe gehören Estland, Lettland, Litauen und die Mehrheit der Regionen in Deutschland (vor allem in Ostdeutschland), Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen und der Slowakei.

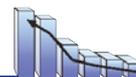
Ein einheitlicheres Bild ergibt sich bei der Alterungsentwicklung: Hier zeigen die Projektionen eine zunehmende Bevölkerungsalterung in fast allen Regionen der EU. Der Anstieg des Medianalters als Produkt dreier demografischer Faktoren (existierende Bevölkerungsstruktur, Fertilität unterhalb des Reproduktionsniveaus und stetiger Anstieg der Lebenserwartung) zeigt sich nach den Berechnungen mit Ausnahme von sieben Regionen in allen Ländern. In der EU27 lag das Medianalter, also der Wert, der eine Bevölkerung dem Alter nach genau halbiert, im Jahr 2008 bei 40,4 Jah-

ren. Im Jahr 2030 soll er bei 45,4 Jahren liegen und in einem Viertel der Regionen gar bei über 48 Jahren. Die 10 Regionen mit dem höchsten Medianalter von über 52,8 Jahren werden 2030 fast ausnahmslos in Ostdeutschland liegen: in den östlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns, in Brandenburg-Südwest, Brandenburg-Nordost, Thüringen, Dresden, Sachsen-Anhalt und Chemnitz.

In den kommenden Jahrzehnten wird die hohe Zahl der alternden „Baby-Boomer“ zu einem Anstieg des Anteils der älteren Menschen führen. Somit wird der Anteil der 65-Jährigen und Älteren in nahezu allen Regionen zwischen 2008 und 2030 beträchtlich anwachsen. So wird dann in den 281 Regionen die Bandbreite des Anteils dieser Altersgruppe an der Bevölkerung von 10,4 % in London bis zu 37,3 % in Chemnitz reichen. In der EU27 insgesamt wird der Anteil der Älteren ab 65 von 17,1 % in 2008 auf 23,5 % im Jahr 2030 ansteigen.

Bestätigt wird dieser Trend für Deutschland noch durch neue Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die eine Prognose bis zum Jahr 2060 wagt. Demnach werden in den neuen Bundesländern 2060 rund 37 % weniger Menschen als im Jahr 2008 leben, der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahre wird dann auf 36 % ansteigen. Dabei wird die Entwicklung in nächsten beiden Jahrzehnten besonders rasch voranschreiten, so dass bereits um 2030 die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland um 15 % niedriger sein wird als heute. Dazu wird dann jeder dritte Einwohner 65 Jahre und älter sein. In den westdeutschen Flächenländern hingegen wird die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030 um nur 4 % und bis zum Jahr 2060 um 19 % im Vergleich zum Jahr 2008 zurückgehen. Allerdings wird auch hier im Jahr 2060 jeder dritte Einwohner 65 Jahre oder älter sein.

Bernhard Gückel, BiB



Aktuelles

Wieviel Mobilität verträgt der Mensch? – Der Direktor des BiB, Prof. Norbert F. Schneider im Interview mit dem Magazin „Welt-Sichten“ (Ausgabe März 2010)

Mobilität wird von immer mehr Menschen als Zwang erlebt, da sie nicht freiwillig mobil sind, sondern aufgrund gesellschaftlicher Umstände wie etwa der Anforderungen des Arbeitsplatzes zur Mobilität gezwungen werden. Hinsichtlich der Bereitschaft zu einem mobilen Lebenswandel gibt es weniger Unterschiede zwischen den Ländern (zum Beispiel in Nord- und Südeuropa) als zwischen den sozialen Gruppen, wie Prof. Schneider im Gespräch mit dem Magazin betonte.

So haben insbesondere Akademiker eine sehr hohe Bereitschaft zur Mobilität. Untersuchungen haben gezeigt, dass es in einzelnen Ländern wie Belgien oder der Schweiz Besonderheiten gebe: So finden hier selten Umzüge über Sprachgrenzen statt: „Wenn die Leute überhaupt über Sprachgrenzen hinweg beruflich mobil sind, dann pendeln sie, was wiederum weitreichende Folgen etwa für die Geburtenrate und die Geschlechtergerechtigkeit hat.“ Es zeigt sich nämlich, dass sich Mobilität und Elternschaft für Frauen kaum miteinander vereinbaren lassen. Sie bleiben also entweder kinderlos und mobil oder sie werden Mütter und sind nicht mobil, was wiederum negative Auswirkungen für die Berufsaussichten hat.

Mobilität hat darüber hinaus erhöhte Risiken für die Gesundheit. Dabei wird, wer mobil ist, nicht automatisch krank, betonte Prof. Schneider. Krankheitsrisiken werden durch verschiedene Faktoren moderiert. So ist das Krankheitsrisiko

eher bei denen gering, die die Mobilität wollen und auch die Art der Mobilität beeinflussen können. Wer dagegen gezwungenermaßen mobil sein muss, etwa weil es der Arbeitsplatz fordert, hat erhöhte Stressrisiken und damit eine erhöhte Gefahr, krank zu werden.

Um gesundheitliche Beeinträchtigungen der Mobilität auf ein Minimum zu reduzieren, müssen sich die Unternehmen fragen, wie viel Mobilität den Beschäftigten zugemutet werden kann. Zudem sollen sie Bedingungen dafür schaffen, damit ihre Mitarbeiter mit der Mobilität klarkommen. Dies könnte etwa durch die Einrichtung flexibler Arbeitszeiten geschehen, die dem Mitarbeiter etwas den Zeitdruck nehmen, immer pünktlich am Arbeitsplatz ankommen zu müssen.

Insgesamt, so seine Prognose, wird die in den letzten Jahrzehnten so kräftig gefeierte Mobilität zukünftig wieder zurückgehen und es werde zu einem ausgewogeneren Verhältnis zwischen Mobilität und Sesshaftigkeit kommen.

.....
Bernhard Gückel, BiB



www Weitere Informationen



**Der Wortlaut des Interviews unter:
www.welt-sichten.org**

Drum prüfe statistisch, wer sich ewig bindet - Weiterer Ausbau des Internetangebots des BiB: Daten und Analysen zum Thema „Eheschließungen“

Der Ausbau des Internetangebots im Bereich „Daten und Befunde“ des BiB schreitet weiter voran. Aktuell stehen nun Daten und Abbildungen zum Thema „Eheschließungen“ zum Download bereit.

Dabei werden sowohl die absoluten Zahlen zu Eheschließungen bis zum Jahr 2008 dargestellt als auch die Eheschließungsziffern in Ost- und Westdeutschland. Hinzu kommen altersspezifische Ziffern wie zum Beispiel die Erst-

heiratsziffer nach Alter und Geschlecht ebenfalls bis zum Jahr 2008.

Darüber hinaus gibt es unter anderem Informationen zu Eheschließungen von oder mit ausländischen Personen in Deutschland und Daten zur Entwicklung des Heiratsalters in Deutschland im Zeitraum 1960 bis 2008. Das komplette Angebot zum Download findet sich unter www.bib-demografie in der Rubrik „Daten und Befunde“.



Neuer Name: „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“ wird zu „Comparative Population Studies“ – Seit März 2010 mit eigenem Internetauftritt

Die wissenschaftliche „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“ des BiB erscheint ab dem Jahrgang 2010 unter dem neuen Namen „Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“ und zwar sowohl in Deutsch als auch in Englisch.

Sie wird künftig nur noch online und kostenlos im „open access“-Verfahren erhältlich sein. Erste Inhalte werden in

der zweiten Jahreshälfte verfügbar sein. Weitere Informationen über die Zeitschrift sind bereits unter der Internetseite www.comparativepopulationstudies.de vorhanden. Es besteht dort die Möglichkeit, sich kostenlos registrieren zu lassen, um über Neuigkeiten informiert zu werden.



Vorträge

Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider hat am 28. Januar 2010 im Max-Planck-Institut für demografischen Wandel einen Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Rostocker Demografisches Kolloquium“ gehalten. Unter

dem Titel „Job mobility and family lives in Europe. Individual and societal consequences of increased spatial mobility“ befasste er sich mit den individuellen und sozialen Folgen berufsbedingter Mobilität.

Veranstaltungen

Veranstaltung des BiB und der Universität Genf zum Thema „Geographical mobility and family life: How to (re-)think family in a mobile world?“ vom 16. bis 18.09.2010 in Wiesbaden

Vom 16. bis 18. September 2010 findet in Wiesbaden eine vom BiB und der Universität Genf ausgerichtete Veranstaltung des ESA (European Sociological Association) Forschungsnetzes „Sociology of Family and Intimate Lives“ statt.

Die Tagung befasst sich mit den Interaktionen zwischen räumlicher Mobilität und den Prozessen der Familienbildung. Im Mittelpunkt steht die Diskussion empirischer Forschungsergebnisse zum Einfluss sozialer Prozesse wie der Globalisierung auf den Wandel der Familienformen (neue Beziehungsformen, multikulturelle Familien etc.)

In einem sich wandelnden Europa ist die Betrachtung der räumlichen Dimension von Familienleben absolut notwendig. Es ist offensichtlich, dass die Anforderungen für räumliche Mobilität in Europa in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben. Neuere Forschungen haben gezeigt, dass Form und Ausmaß der Mobilität die Familienbildung beeinflussen. Auf der anderen Seite prägen Familienprozesse die Bereitschaft, räumlich mobil zu werden.

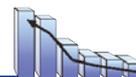
Mögliche Themen befassen sich im Bereich der räumlichen Mobilität mit ...

- berufsbedingter räumlicher Mobilität;
- multilokalem Familienleben;
- Mobilität im Lebensablauf;
- räumlicher Mobilität und Familie: Methoden und Theorien;

... und im Bereich der Familie unter anderem mit:

- Familienentwicklung;
- Lebens- und Familienformen;
- Familienbeziehungen;
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie.





Buch im Blickpunkt

Peter Uhlenberg (Herausgeber): International Handbook of Population Aging. Springer Verlag 2009

Die globale Alterung der Bevölkerung ist eines der bedeutendsten demografischen Themen, mit denen sich die Gesellschaften weltweit im 21. Jahrhundert auseinandersetzen müssen. So zeigen Bevölkerungsprognosen der UN, dass sich der Anteil der ab 60-Jährigen an der Weltbevölkerung zwischen 2000 und 2050 verdoppeln wird. Dazu werden ein Drittel der Menschen in den entwickelten Ländern im Jahr 2050 mindestens 60 Jahre alt sein. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird es Länder geben, in denen zweimal so viele Ältere wie Kinder leben werden. Dieser globale Trend ist nach Ansicht der UN beispiellos in der Menschheitsgeschichte und wird die Welt auch in Zukunft beschäftigen. Vor diesem Hintergrund bündelt dieser Band internationale Forschungsansätze und -ergebnisse zum Thema Bevölkerungsalterung.

Warum altern Bevölkerungen und wie? Diese Frage steht im Mittelpunkt des ersten Teils und wird beantwortet vor dem Hintergrund historischer Entwicklungen. Dabei geht es auch darum, wie Alterung gemessen wird und um die Darstellung des Zusammenhangs von demografischem Verhalten in der Vergangenheit und Veränderungen in der Altersverteilung von Populationen in der Gegenwart und Zukunft.

Teil zwei betrachtet das Ausmaß der Bevölkerungsalterung in 10 verschiedenen Ländern beziehungsweise Regionen der Welt, davon drei in Europa: Südeuropa mit dem Beispiel Italien, die nordischen Länder sowie Osteuropa mit Russland und in der asiatischen Region Japan, China sowie Nord- und Südkorea. Analysiert werden dazu noch die USA mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung und Kanada sowie die Trends in Lateinamerika und Mexiko. Hinzu kommen noch Westafrika mit einer auch zukünftig relativ jungen Bevölkerung und die arabischen Länder, wo die Beschäftigung mit einer alternden Gesellschaft erst allmählich stattfindet und die Unterstützung für ältere Menschen weitestge-

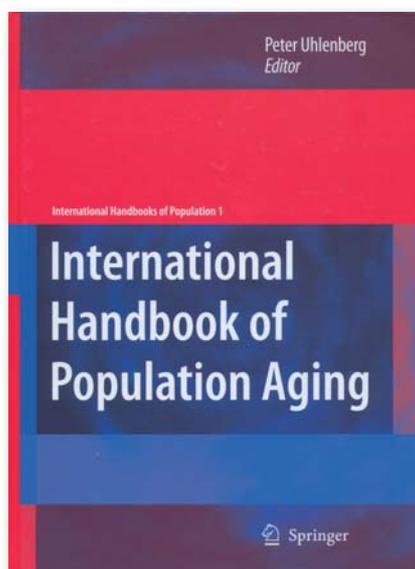
hend immer noch als Privatangelegenheit betrachtet wird.

In Teil drei steht der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsalterung und Migration im Mittelpunkt: Obwohl viele Migranten zum Zeitpunkt der Migration in einem jüngeren Alter sind, werden sie oftmals alt in dem Land, in das sie eingewandert sind. Hier stellt sich dann auch die Frage, ob und inwieweit internationale Migration die Effekte der Fertilitäts- und Mortalitätsentwicklung beeinflussen kann im Hinblick auf die Altersverteilung der Bevölkerung im jeweiligen Land.

Welche Auswirkungen die Bevölkerungsalterung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sowie die Rentenentwicklung hat, thematisiert Teil vier. Einer zunehmenden Zahl an Rentnern stehen in vielen Ländern immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter gegenüber. Hier wird nun untersucht, welche Gegenmaßnahmen einzelne Länder etwa in der Rentenpolitik unternehmen, um dem sich verschärfenden Problem Rechnung zu tragen. Darüber hinaus analysieren die Beiträge dieses Kapitels unter anderem die Beschäftigung und die Einkommensunterschiede im Rentenalter.

Die steigende Lebenserwartung und die Gesundheit im höheren Lebensalter steht im Mittelpunkt von Teil fünf. Hier geht es auch um die Frage, in welchem gesundheitlichen Zustand die Älteren die durch die gesunkene Mortalität gewonnenen Lebensjahre verbringen. Neben den Ursachen für die gestiegene Lebenserwartung steht hier auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Gesundheitszustand und Lebenserwartung im Fokus.

Mit den Auswirkungen der Alterung für das Gesundheitswesen befasst sich Teil sechs. Dabei werden zunächst die Gesundheitspolitiken in diversen Ländern miteinander verglichen, vor allem auch unter dem Kostenaspekt. Aufgrund der Alterung wird hier ein Anstieg der Ausgaben im Gesundheitswesen in allen untersuchten Ländern erwartet. Hinzu kommt ein Beitrag, der vor dem Hintergrund sich wandelnder Familienstrukturen das Thema Pflege Älterer analysiert.





Welche Auswirkungen hat Kinderlosigkeit im Alter? Wie wirkt sich die Ehe auf das Wohlbefinden im Alter aus und zwar in gesundheitlicher, emotionaler und finanzieller Hinsicht? Welche körperlichen und psychologischen Konsequenzen hat Witwenschaft für ältere Männer und Frauen? Diese Fragen behandelt unter anderem Teil sieben.

Teil acht wirft einen Blick in die Zukunft: Wird sich der historisch beispiellose Anstieg der Lebenserwartung in den letzten 150 Jahren im 21. Jahrhundert weiter fortsetzen? Kann das höchste bei einem Menschen dokumentierte Lebensalter von 122 Jahren überboten werden? Ist es denkbar, dass Menschen irgendwann 200 Jahre alt werden können?

Das Fazit des Bandes zur Entwicklung der Alterung für moderne Gesellschaften lautet: Wenn Populationen zunehmend ergrauen, wird in der Gesellschaft ein Umdenken im Umgang mit den „Alten“ nötig werden – in allen Bereichen. Eine alternde Welt wird die Gesellschaften sowohl mit Herausforderungen als auch mit Gelegenheiten konfrontieren. Dieses Buch möchte daher die Grundlagen für das Verständnis dessen, was demografische Alterung bedeutet, schaffen.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Aktuelle Literatur kurz vorgestellt

Helma Lutz (Hrsg.):

Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen. Verlag Westfälisches Dampfboot. Münster 2009

Mobilität gilt als Voraussetzung spätmoderner Lebensweisen und des Endes von Nationalstaaten. Dennoch schränken Grenzregime Menschen in ihrer Bewegung ein, hindern sie bisweilen gänzlich am Zugang zu (supra)staatlichen Räumen. Wie mobil aber sind Menschen in modernen Gesellschaften? Welchen Einfluss haben Migrationsprozesse auf Geschlechterverhältnisse bei MigrantInnen wie auch in deren Herkunftsgesellschaften? Mit Hilfe welcher Theorien und Methoden lässt sich menschliche Mobilität mit all ihren Konsequenzen, z.B. Enträumlichung von Lebensformen, erfassen? All diese Fragen beleuchten Aspekte von Mobilität und Gender – und ermöglichen eine tiefere Auseinandersetzung mit Geschlecht in seiner Überkreuzung mit Nationalität, Ethnizität, Sexualität, Klasse, Alter oder Religion. Die AutorInnen widmen sich den komplexen Zusammenhängen von Menschen in Bewegung, Reisenden Identitäten, Reisenden Methoden sowie Reisenden Theorien und Theoretikerinnen. (Verlagstext)

Andrea Ziefle:

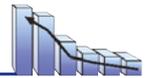
Familienpolitik als Determinante weiblicher Lebensverläufe?

Die Auswirkungen des Erziehungsurlaubs auf Familien- und Erwerbsbiographien in Deutschland VS Verlag Wiesbaden 2009

Die Studie zeigt, dass die Einführung und Ausweitung des gesetzlichen Erziehungsurlaubs in den 1980er und 1990er Jahren das in der Bundesrepublik ohnehin vorherrschende Muster der Phasenerwerbstätigkeit von Müttern weiter verstärkt hat. Mit Einführung des Erziehungsurlaubs sank die Erwerbsbeteiligung junger Mütter, ohne dass sich gleichzeitig die Fertilitätsrate erhöht oder die Karrierenachteile für Frauen mit Kindern nachhaltig verringert hätten. Ohne begleitende Maßnahmen wie flexible Arbeitszeitmodelle und eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung hat sich der Erziehungsurlaub allein als unzureichende Lösung des Problems der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erwiesen. (Verlagstext)

Aus dem Inhalt

- Einleitung – Familienpolitik, Familiengründung und Erwerbsverläufe von Frauen;
- Frauenerwerbstätigkeit und Familienpolitik in der Bundesrepublik;
- Untersuchungsdesign und Analysestrategie der empirischen Untersuchung;
- Die Reformen des Erziehungsurlaubs und das Fertilitätsverhalten von Frauen in der Bundesrepublik.



Robert Bosch Stiftung (Hrsg.):

Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demografischer Wandel“. Stuttgart 2009

Die von der Robert Bosch Stiftung einberufene Expertenkommission „Familie und demographischer Wandel“ unter Vorsitz von Prof. Kurt Biedenkopf hat sich in ihrer zweiten Runde den „kleinen Lebenskreisen“ und ihrer Bedeutung für die Zivilgesellschaft zugewandt.

Familien tragen nach Überzeugung der Kommission eine Verantwortung, deren Lasten der Staat zwar erleichtern, aber nicht abnehmen kann. Gefordert seien letztlich die kleinen Lebenskreise - Nachbarn, Freunde, die Großfamilie, die Zivilgesellschaft, das lokale Umfeld. Es sind vor allem zwei Ziele, denen eine Familienpolitik neuen Zuschnitts folgen sollte: dem Kindeswohl und der Teilhabe der Älteren am Leben von Familien und familienähnlichen Gemeinschaften. Die notwendige Unterstützung ist umso wirkungsvoller, je näher sie den Familien und den kleinen Lebenskreisen kommt. Deshalb, so die Experten:

- muss das unmittelbare Umfeld gestärkt werden;
- sollte sich Familienpolitik zuallererst auf der kommunalen Ebene entfalten;
- muss das zivilgesellschaftliche Engagement für Familien auf proaktive staatliche Anreize treffen;
- sollten neue Lebensgemeinschaften – gerade auch unter Älteren und im Mehrgenerationenverbund – rechtlich abgesichert werden;
- sollte die Leistung für und in den kleinen Lebenskreisen durch steuerliche Erleichterung oder auch ein Grundeinkommen honoriert werden;
- sollte sich Stadtentwicklung an familienpolitischen Belangen orientieren;
- sollte der vergleichende Austausch und das Lernen von anderen gesucht und erleichtert werden.

Die Kommissionsmitglieder Kurt Biedenkopf, Hans Bertram und Elisabeth Niejahr haben in ihren Analysen auf die Anhörung vieler Experten gebaut. Die anregenden Hinweise zu zentralen Instrumenten kommunaler Familienpolitik, wie der Stadtplanung und dem Wohnungsbau, zu neuen Entwicklungen der gesellschaftlichen Teilhabe, der personalen Solidarität und der nachbarschaftlichen Hilfen haben in Form von Gastbeiträgen Eingang in den vorliegenden Bericht gefunden. Zudem umfasst der Bericht eine Recherche der Prognos AG, welche Initiativen, Wohnmodelle, Patenschaften und Betreuungsangebote die gesuchte Herzenswärme und

praktische Hilfe für Familien und kleine Lebensräume bereitstellen. Der zweite Bericht der Kommission baut auf den Bericht „Starke Familie“ auf, den die Robert Bosch Stiftung 2005 präsentiert hatte. (Text: Robert Bosch Stiftung).

Claudia Neu:

Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung.

Aus der Reihe: Demografischer Wandel - Hintergründe und Herausforderungen

VS Verlag Wiesbaden 2009

Der demografische Wandel und die Finanzknappheit der öffentlichen Kassen haben in den vergangenen Jahren zu vielfältigen Veränderungen in der (kommunalen) Daseinsvorsorge geführt. Vor allem entlegene ländliche Räume in Ost- und Westdeutschland sehen sich mit den unmittelbaren Folgen des Umbaus der öffentlichen Infrastruktur konfrontiert. Die AutorInnen betrachten die Ursachen und Konsequenzen des Wandels der Daseinsvorsorge, fragen aber zugleich auch nach den größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen wie dem Wandel des Wohlfahrtsstaates und der neuen Rolle der Bürger bei der Leistungserbringung von Infrastruktur. Der Band bietet eine umfassende Zusammenschau verschiedener Disziplinen (Rechtswissenschaften, Geographie, Soziologie) auf das aus gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive bisher wenig erforschte Thema Daseinsvorsorge. (Verlagstext)

Wolf-Dietrich Bukow:

Urbanes Zusammenleben.

Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften. VS Verlag Wiesbaden 2010

Seit der letzten Globalisierungswelle hat sich die (grenzüberschreitende) Mobilität noch einmal erheblich verstärkt. Die Reaktionen hierauf sind unterschiedlich. Während europäische Stadtgesellschaften auf der Alltagsebene auf die Jahrhunderte lang erworbenen Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt zurückgreifen können und so mit der zunehmenden Diversität überwiegend erfolgreich umzugehen vermögen, orientiert sich die öffentliche Debatte weiter an nationalen Vorstellungen, die dem entgegenstehen. Die Arbeit zeigt auf, wie dringend es geboten ist, sich der bewährten urbanen Kompetenz im Umgang mit Vielfalt zu vergewissern und die Gesellschaft von dort aus neu zu entwerfen. (Verlagstext)



„Oma, ich geh dann mal in den Westen. Statistisch lebst du dann länger!“

– Über die Aussagekraft der durchschnittlichen Lebenserwartung –

von Manfred G. Scharein

In einer dpa-Nachricht vom 13. Oktober 2009 stand zu lesen, dass „sich die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen in Ost- und Westdeutschland mit 82 Jahren angeglichen [hat]“. Dies ist erst mal eine positive Botschaft, doch wie erklärt sich dieses Phänomen?

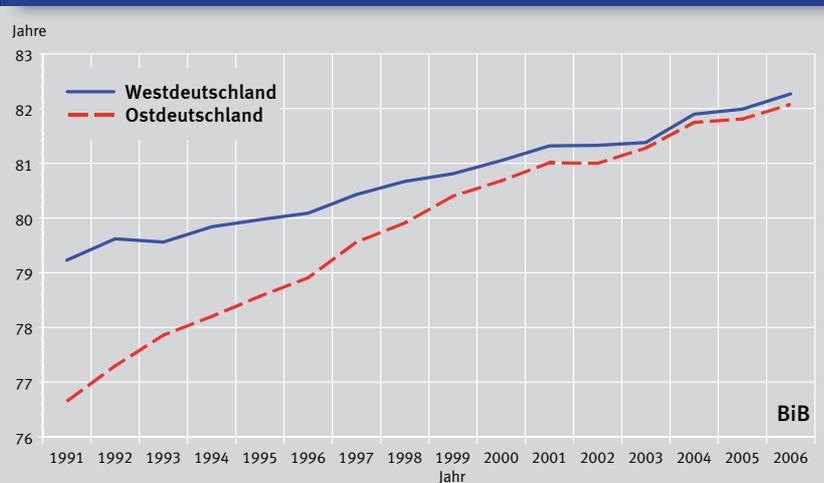
Die untenstehende Abbildung zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt der Frauen in West- und Ostdeutschland für die Jahre 1991 bis 2006 (im Folgenden wird stets verkürzt von durchschnittlicher Lebenserwartung gesprochen, obwohl die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt gemeint ist). Auffallend im Kurvenverlauf ist der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung um etwa das Doppelte für die ostdeutschen Frauen in den Jahren von 1991 bis 2001 verglichen mit den westdeutschen Frauen. Dies ist bemerkenswert und so stellt sich die Frage, worin hierfür die Gründe liegen. Eine häufig zu findende Antwort rückt die Übertragung der gut funktionierenden westdeutschen Gesundheits- und Sozialsysteme

auf Ostdeutschland in den Mittelpunkt. Dies klingt auf den ersten Blick einleuchtend – doch kann man diesen Argumenten trauen? Die Antwort des Demografen muss hier lauten: Dieser Schluss lässt sich aus der demografischen Maßzahl „durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt“ nicht ziehen. Außerdem sind die durch die Art der Abbildung entstehenden Trendverläufe inhaltlich nur in der Form interpretierbar, dass die zugehörigen demografischen Maßzahlen im Zeitablauf ansteigen und sich bezüglich West- und Ostdeutschland einander annähern. Weitergehende Interpretationen sind unzulässig, vielmehr könnte auch zumindest ein Teil der Annäherung der durchschnittlichen Lebenserwartung in West- und Ostdeutschland einen anderen Grund besitzen: Die vor allem in den 1990er Jahren stattgefundenen massive Abwanderung Jüngerer vom Osten in den Westen Deutschlands. Beides, die (rechnerische) Annäherung der durchschnittlichen Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland und die Unzulässigkeit des Vergleichs bzgl. zeitlicher und regionaler Aspekte, besitzt

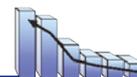
eine Ursache: Über den konkreten Sachverhalt „In welchem Alter werden die derzeit in Deutschland lebenden Menschen im Durchschnitt versterben und wie groß ist der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Sterbealtern der Menschen, die derzeit in den ostdeutschen Bundesländern leben, im Vergleich zu den Menschen, die in den westdeutschen Bundesländern leben?“, wird mit der verfügbaren und berechenbaren demografischen Maßzahl keine Aussage getroffen. Neben Definitionsproblemen – was heißt zum Beispiel, dass ein Mensch in einem bestimmten Bundesland lebt? Ist er dort gemeldet, ist es der ständige Aufenthaltsort, wie geht man mit Wochenendpendlern um, etc. – stellt sich für den Demografen das Problem, dass man für derzeit lebende Menschen erst dann eine allgemeingültige und korrekte Aussage über das durchschnittliche Sterbealter treffen kann, wenn diese Personen sämtlich verstorben sind und man somit die vollständige Absterbeordnung einer gesamten Generation besitzt. Daraus lässt sich eine sogenannte Generationen- oder Kohortensterbetafel aufstellen und anschließend die durchschnittliche Lebenserwartung als einfacher Durchschnitt der individuellen Sterbealter ermitteln. Dies hat jedoch zur Folge, dass man für die Antwort bezüglich des durchschnittlichen Sterbealters der jetzt lebenden Menschen mehr als 100 Jahre warten müsste.

Um trotzdem aktuell eine Antwort geben zu können, wird ein anderer Weg gewählt: Die Berechnung der durchschnittlichen Lebenserwartung über eine sogenannte Periodensterbetafel. Für diese schätzt man zunächst an Hand der Sterblichkeitsverhältnisse in der realen Bevölkerung zum Betrachtungszeitraum die Sterbewahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit vom Alter. Anschließend wird diese Absterbeordnung auf eine hypothetische Geburtskohorte (zur besseren Anschaulichkeit enthält diese häufig 100.000 Individuen) bis zu ihrer vollständigen Auflösung angewendet. Anhand

Abbildung: Lebenserwartung bei Geburt für Frauen nach West- und Ostdeutschland für die Jahre 1991 bis 2006



Datenquelle: Human Mortality Base, Graphische Darstellung: BiB



der so ermittelten Periodensterbetafel lässt sich im Prinzip auf die gleiche Rechenart wie für eine Generationensterbetafel (nun) ein Schätzwert für die durchschnittliche Lebenserwartung bestimmen. Für die Interpretation muss man sich darauf zurückziehen, dass der berechnete Wert nur unter der Annahme, dass die beobachteten und in der Periodensterbetafel zusammengefassten Sterblichkeitsverhältnisse im Zeitablauf konstant bleiben, der durchschnittlichen Anzahl an Lebensjahren für ein Neugeborenes entspricht.

Allerdings führt selbst diese Interpretation am Ziel vorbei, da die getroffene Annahme zum einen unrealistisch ist – für Deutschland beobachtet man seit langem, dass die Sterbewahrscheinlichkeiten für jedes Alter abnehmen – und zum anderen zusätzliche systematische Verzerrungspotentiale enthält. Letztere entstehen durch Missachtung der heterogenen Zusammensetzung der betrachteten Population mit unterschiedlichen Sterblichkeitsrisiken (zum Beispiel Raucher vs. Nichtraucher, niedrigere vs. höhere Sozialschicht, genetisch bedingte Krankheitsrisiken, etc.) und Tempoeffekten durch ansteigendes Sterbealter. (Da Tempoeffekte in vielen demografischen Maßzahlen vorkommen und erst in der neueren demografischen Literatur eine Rolle spielen, wird dieser Effekt in einer der kommenden Ausgaben von „Der demografische Schluss“ als eigenes Thema eine Hauptrolle spielen und deshalb hier nicht weiter erläutert.) Zusätzlich könnte ein von einem zum nächsten Zeitpunkt stattfindender Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung auch durch vollzogene Wanderungen erklärbar sein. Je-

doch lässt sich auf Grundlage von amtlichen Wanderungs- und Sterbefallzahlen hierfür weder eine eindeutige Richtung noch das Ausmaß ableiten. Klar ist jedoch, dass zum Beispiel die in dem Zeitraum von 1991 bis 2006 (Betrachtung ohne Berlin) stattgefundenen Wanderungen zumeist jüngerer Menschen von Ost- nach Westdeutschland in einer Größe von per Saldo circa 850.000 Personen – dies entspricht etwa 6 % der 1991 in den ostdeutschen Bundesländern lebenden Personen – zuerst einmal zu einer Veränderung der Besetzungszahlen der Altersjahrgänge in Ost- und Westdeutschland geführt haben. Jedoch fließen zur Ermittlung der in die Periodensterbetafel eingehenden Sterbewahrscheinlichkeiten für jeden Altersjahrgang stets zwei Größen ein: Die tatsächliche Anzahl Verstorbener in diesem Alter bezogen auf die vorhandene Bevölkerungszahl in diesem Alter. Bleibt dieses Verhältnis (für alle Altersjahrgänge) konstant, ändert sich die auf Basis der Periodensterbetafel ermittelte durchschnittliche Lebenserwartung nicht. Allerdings können sowohl differierende Verteilungen der Sterbewahrscheinlichkeit der beiden Teilbevölkerungen in Ost- und Westdeutschland zum Ausgangszeitpunkt als auch sich mit der Wanderung ändernde Sterbewahrscheinlichkeiten der Altersjahrgänge die jeweiligen Sterblichkeitsverhältnisse zum Zielzeitpunkt beeinflussen – je nach Rechenexempel reduzierend oder erhöhend. Dabei kann zum Beispiel eine heterogene Struktur der Wanderungsbevölkerung oder Wanderung von Gesünderen Änderungen der Sterbewahrscheinlichkeiten der Altersjahrgänge verursachen. Da die für die Periodensterbeta-

feln ermittelten Sterbewahrscheinlichkeiten zum Nachwanderungszeitpunkt auf eine hypothetische Geburtskohorte angewendet werden, könnte die Art der Berechnung der durchschnittlichen Lebenserwartung als Durchschnitt der individuellen Sterbealter somit auch dazu führen, dass die gewanderten, jungen und verstorbenen Personen auf diese demografische Maßzahl in Ostdeutschland erhöhend und in Westdeutschland reduzierend gewirkt haben.

Insgesamt ist festzuhalten, dass auf der Grundlage von Periodensterbetafeln berechnete durchschnittliche Lebenserwartungen unsichere Schätzwerte für das durchschnittliche Sterbealter darstellen. Als zulässige Interpretation dieser demografischen Maßzahl verbleibt, dass sie das durchschnittliche Sterbealter der Sterbetafelpopulation wiedergibt. Trotzdem kann diese eine Vorstellung vermitteln, welche Größe in etwa das durchschnittliche Sterbealter für ein heute Neugeborenes haben könnte. Die Feststellung einer im Zeitablauf steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung sagt wenig über die Gründe dafür aus, zumal ein zeitlicher Vergleich auf Grund der sich (zum Beispiel durch Wanderungen) ändernden Bevölkerungsbasis wenig sinnvoll ist. Gleichwohl wirken aber Verbesserungen in der gesundheitlichen Vorsorge, eine höhere Ärztedichte, bessere Medikamente, der Fortschritt in der Medizin-Technik, etc. erhöhend auf das durchschnittliche Sterbealter. Bei welchem Wert dieses dann tatsächlich liegt, das wissen wir in circa 100 Jahren...

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 31. Jahrgang – ISSN 1869-3458

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: bib@destatis.de

Internet: www.bib-demografie.de

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bib-bev-aktuell@destatis.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 2/2010 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.